



ARCHIVUM HELVETICO-POLONICUM  
FONDATION  
Fribourg

# POLEN

WOCHENSCHRIFT FÜR POLNISCHE

HERAUSGEBER::  
UNIVERSITÄTS-PROF.  
DR. LADISLAUS LEOPOLD  
RITTER v. JAWORSKI

INTERESSEN  
REDAKTION UND ADMINISTRATION  
WIEN I. WIPPLINGERSTRASSE 12

PREIS 60H. - 50 Pf. a  
JAHRE M. POSTVERS. FK = 6 Mk  
TELEFON Nr 39366  
POSTSCHECK-KONTO 150673

Nummer 101

1. Dezember 1916

2. Jahrgang

## INHALT:

Kaiser Franz Josef I.  
Kaiser Franz Josef und die Polen.  
Der Weg über Warschau.  
Die Polendebatte im preußischen  
Landtage.  
Das polnische Heer und die Le-  
gionen.  
Aus dem Königreich Polen.

Henryk Sienkiewicz †.  
Aus der politischen Tageschronik.  
Glanz und Verderb der polnischen  
Republik.  
Wirtschaftliche Mitteilungen.  
Vom Lesetisch des Krieges.  
Kleine Mitteilungen.

Im Einzelversleiß zu haben bei Hermann Goldschmidt G. m. b. H., Zei-  
tungsbüro und Buchhandlung, Wien, I., Wollzeile Nr. 11, und in den meisten  
Buchhandlungen. — Wiederverkäufer in Oesterreich-Ungarn und im Deut-  
schen Reich durch das Zeitungsbüro Goldschmidt.

Zeichnet Kriegsanleihe!

**Leon Wasilewski:** „Die nationalen und kulturellen Verhältnisse im sogenannten Westrußland.“

48 Seiten. — Preis 60 Heller — 50 Pf.

Zu haben bei der Administration der Wochenschrift „POLEN“, Wien, I., Wipplingerstraße 12.  
Generalvertrieb bei Hermann Goldschmiedt, G. m. b. H., Zeitungsbüro und Buchhandlung,  
Wien, I., Wollzeile Nr. 11.

**Einbanddecken für „POLEN“.**

Abnehmer, die die abgeschlossenen Vierteljahrsbände dieser Zeitschrift binden lassen wollen, können

geschmackvoll ausgestattete  
**Leinen-Einbanddecken**

von unserer Administration zum Preise von K 2.— = 1.60 Mark, einschließlich Postversand, beziehen. — Gebundene Exemplare der bisher vorliegenden sieben Bände von „Polen“ sind durch die Administration, durch alle Buchhandlungen und durch die Generalvertriebsstelle Hermann Goldschmiedt, G. m. b. H., Wien, I., Wollzeile Nr. 11, zum Preise von K 9.20 = 8.— Mk., zu beziehen.

**Dr. MIECZYSLAW SZERER:**  
**STUDIEN ZUR BEVÖLKERUNGSLEHRE POLENS**

Preis: 60 Heller — 50 Pfennig.

Verlag: Wochenschrift „Polen“. Zentralvertrieb: H. Goldschmiedt, Wien, I., Wollzeile 11.

# POLEN

WOCHENSCHRIFT FÜR POLNISCHE

HERAUSGEBER:  
UNIVERSITÄTS-PROF.  
DR. LADISLAUS LEOPOLD  
RITTER V. JAWORSKI

INTERESSEN

REDAKTION UND ADMINISTRATION  
WIEN I. WIPPLINGERSTRASSE 12

PREIS 60 H. - 50 Pf.  
JAHRESPOSTVERS. 7 K - 6 Mk  
TELEFON N<sup>o</sup> 39366  
POSTSCHECK-KONTO 150678

Jacek Sygnarski  
Beau Chemin 7  
1722 Bourguillon  
Telefon 037 / 223354

Nr. 101

1. Dezember 1916

2. Jahrgang

## Kaiser Franz Josef I.

Von Stanisław Grafen Tarnowski.

Der Präsident der Krakauer Akademie der Wissenschaften, Professor Dr. Stanisław Graf Tarnowski, veröffentlichte im Jahre 1908 anlässlich des sechzigjährigen Regierungsjubiläums des Kaisers Franz Josef I. in „Przeгляд Polski“ („Polnische Rundschau“) den nachstehenden Aufsatz, der in ungemein treffender Weise die Grundlagen des zwischen dem Monarchen und den Polen bestandenen außergewöhnlichen Verhältnisses erfaßt.

Als wir vor zehn Jahren an dieser Stelle den Tag der goldenen Hochzeit des Kaisers mit der Krone einzeichneten, schlossen wir mit dem Wunsche und der Hoffnung einer ruhigen, heiteren Lebensneige nach seinem so vielen und so schweren Leid. Seit jenem Augenblicke sind ganze zehn Jahre vergangen, eine noch längere, noch seltenere Regierungszeit als damals; der Kaiser ist noch immer auf seinem Thron, wie ein Soldat auf der Bresche, mutig, ausdauernd, seine Pflicht erfüllend bis zum letzten Atemzuge, bis er fällt, in der heutigen Welt der einzige Monarch durch und durch, in jedem Zoll, in dem sich das Bewußtsein und die Achtung Seiner Majestät und seiner Krone mit dem Bewußtsein und der Achtung seiner Person und seines Wortes vereinen. Doch unsere Wünsche und Hoffnungen sind nicht erfüllt, die Lebensneige ist nicht leichter, nicht freier von Sorge, als es des Lebens ganzer Lauf gewesen. Das allgemeine Stimmrecht hätte das Linderungsmittel sein sollen gegen nationalen Streit und Hader — sie treten mit erhöhter Leidenschaft auf und die Staatsangelegenheiten müssen mit Künsten und Ausflüchten Erledigung im Parlament erbitten. Alle kleinen Balkanstaaten bedrohen Oesterreich, und wer liefert ihnen die Mittel zu solchen Rüstungen? Die Drohungen sind vielleicht nicht furchtbar, aber sie sind Ankündigungen von Intrigen und Beunruhigungen auf lange hinaus. Man gedenkt einer alten Broschüre über die Republik: „inimicitiae apertae, amicitiae simulatae, odium intestinum“, aber die Wunderglocke „executio legum“ hat keinem Wagemut oder keiner Kraft anzuschlagen.

So kann man denn nicht ohne innige Betrübnis die ehrwürdige Gestalt des greisen Monarchen betrachten. — Alle Länder seines Reiches eilen nach Wien, Ihm Huldigung und Wünsche darzubringen, und Er hätte das Recht, ihnen das zu sagen, was Er in seinem innersten Herzen gewiß denken muß: „Wenn Ihr mich so ehret und liebet, wenn Ihr mir so gut wünschet, warum erleichtert Ihr mir nicht meine Regierung und meine Pflichten? Warum zerfleischt Ihr mich und Euch selbst mit Zwistigkeiten und gönnet mir keine Ruhe, dem Staate keine Erstarkung? Warum ahmet Ihr nicht das Beispiel nach, welches ich Euch immer gab und gebe, das Beispiel jenes öffentlichen Geistes und Patriotismus, der jedem befiehlt, von seinen eigenen Forderungen etwas nachzugeben, zu opfern, auf daß der Friede, die Macht

und das Dasein selbst für alle gesichert würden? In meinem Leben werdet Ihr solcher Entsaugungen und Opfer viele finden — ich hätte das Recht, von Euch ähnliche Tugend zu verlangen, aber Ihr gebet mir nicht diesen Trost.“

Dieses ist das schmerzliche Gefühl, das man bei der Feier der sechzigjährigen Regierung des Kaisers empfindet. Ein Bedauern, daß man Ihm nur über alles Maß wünschen, aber nicht mehr Ihn diese Glückwünsche, diese Huldigungen fröhlicher darbringen, und in der Huldigung die Beruhigung, die Zusage des Friedens, das kühne Vertrauen und die Zuversicht mit einschließen kann.

Um so heißer sennt man sie für den Kaiser herbei und nirgend heißer, von nirgendher erheben sich solche Wünsche kräftiger, eindringlicher, als aus unserem Lande. Hier ist die Dankbarkeit für ihn so groß, wie vielleicht sonst nirgends, hier sind die Gründe der Dankbarkeit so zahlreich und so groß, als höchst selten ein Herrscher so viel Gutes an Untertanen getan, höchst selten Untertanen solche Pflicht der Dankbarkeit hatten und ein so lebendiges Gefühl dieser Pflicht. Als im Jahre 1880 der Kaiser in Galizien war, freute er sich dieses neuen Verhältnisses des Landes zum Monarchen und sagte zum damaligen Landmarschall: „Das ist meine Errungenschaft und mein Verdienst!“ So ist es — sein ist das Verdienst und infolgedessen sein die Errungenschaft. Er war durch über vierzig Jahre diesem Lande und dieser Nation Wardein und Verteidiger, Wohltäter und Freund. Auf dem ganzen Gebiete seines Reiches haben wir ganz gewiß keinen, der uns so stetig wohl wollte, so unsere Gefühle achtete und verstand, so aufrichtig unsere Rechte anerkannte. Unser Stützpunkt in der Monarchie, das ist der Kaiser. Und während man in anderen Teilungsstaaten uns zum Untergange verurteilte, uns alle Rechte absprach, während man uns alle Bedingungen nationalen Lebens benahm und alle Grundsätze gesellschaftlichen Lebens untergrub, während man Glauben und Kirche fesselte, die Sprache entriß, sogar das Recht auf Eigentum und Besitz am Boden wegnahm, war es Franz Josef allein, der unsere angeborenen Rechte achtete, anerkannte, mit seinem Schutze beschirmte, der Bedingungen und Möglichkeiten zum Leben, zur Entwicklung, zum Fortschritte gab und wahrte. In dieser Gerechtigkeit und in diesem Edelmut war Er auch weise. Er wußte, daß ein Monarch, der Recht und Grundsätze achtet, damit auch die Grundlagen und die Zukunft seines Staates achtet und sichert, denn wer Recht und Grundsätze vergewaltigt, der wird es früher oder später erfahren, daß sie auch an ihm und gegen ihn vergewaltigt werden durch äußere oder innere Feinde. Es gibt einen heiligen Zusammenhang höherer Ordnung zwischen Klugheit und Gerechtigkeit: die eine eint sich mit der anderen, die eine kann ohne die andere nicht sein, und aus ihrer Vereinigung fließen segensreiche Folgen. So auch diese Errungenschaft Galiziens durch den Kaiser Franz Josef. Seine Vorgänger besaßen dieses Land, Er hat es errungen: nicht mit dem Schwerte, sondern gerade durch Gerechtigkeit und Klugheit. Er eroberte sich die Geister und die Stimmungen, Er fesselte an sich die Herzen dieser Untertanen. Daß sie mehr als einmal Ihm Beweise ihrer Dankbarkeit gaben, war nur recht und billig, es ist das Recht des wohlthätigen Herrschers und die Pflicht der Untertanen. Aber daß in dieser Dankbarkeit Aufrichtigkeit ist und Stetigkeit, das ist wieder Verdienst und Errungenschaft des Kaisers — „meine Errungenschaft“. Stets gab es Monarchen, die über angegliederte Länder herrschten, aber Völker, fremd nach Abstammung und Sprache. Doch unter solchen gab es doch Vergewaltiger und Unterdrücker viele, der Wohltäter solchen Landes und Völker sehr wenige. Franz Josef ist einer, und in der Geschichte nicht bloß dieser zu seinem Reiche gehörenden Provinz, sondern in der Geschichte der polnischen Nation ist sein Name eingeschrieben, als der Name des guten, gerechten Monarchen. Sein Gedächtnis wird in Ehren und Dankbarkeit dieser Nation bleiben für immer.

Gott möge es Ihm lohnen, möge gnädig herabsehen auf seine Verdienste, auf die schweren Sorgen seiner langen Regierung. Er möge erhellen und aufheitern den Horizont seines Reiches und die Neige seines Lebens. Und wie vor zehn Jahren, so wiederholen wir auch heute, nur noch mit tieferem, mit noch innigerem Gefühle die Worte seiner Hymne: „Gott erhalte, Gott beschütze unseren Kaiser“.

## Kaiser Franz Josef und die Polen.

Die polnischen Blätter haben dem dahingeschiedenen Monarchen ihre Huldigung dargebracht in einer Weise, die durchaus würdig war des außerordentlichen und in der Geschichte geradezu beispiellosen Verhältnisses von gegenseitigem Vertrauen, das seit Jahrzehnten sich zwischen Kaiser Franz Josef und seinen polnischen Untertanen entwickelt hatte, und würdig des letzten großen politischen Aktes, auf den Er zusammen mit seinem Verbündeten, dem Deutschen Kaiser, seine Unterschrift gesetzt hat. „Er gab uns ein Herz, ein großes, väterliches Herz,“ so schreibt eines der Blätter und erinnert daran, wie vor vielen Jahren Kaiser Franz Josef, den Weg vom Wawel, dem königlichen Schloßhügel, von Krakau herabsteigend, zu den Polen seiner Umgebung sich mit den Worten wandte: „Wir verstehen uns, meine Herren.“ Dieses gegenseitige Verständnis wirkte immer und unter allen Umständen. Es kam zum Ausdruck damals, als der galizische Landtag sein historisch gewordenes Gelübde in einer Adresse an den Kaiser niederlegte, es kam zum Ausdruck, als die polnischen Legionen ihm als ihrem Obersten Kriegsherrn den Treueid schworen.

In seiner langen Regierungszeit hat Kaiser Franz Josef zu wiederholten Malen Galizien besucht. Abgesehen von Reisen ganz amtlicher oder militärischer Natur kam er sechsmal ins Land zu dem ausdrücklichen Zwecke eines Besuches und einer Reise durch das Land, die dann jedesmal einen feierlichen Charakter annahm. Die erste solche Reise fand 1851, drei Jahre nach der Thronbesteigung, statt; vier Jahre später, 1855, besuchte der Kaiser seinen damals als Statthalter in Lemberg residierenden Bruder Erzherzog Karl Ludwig. Erst 1880 fand die nächste, nichtmilitärische und nichtamtliche Reise statt, und sie ist denkwürdig geworden durch die Kundgebungen, die damals dem Monarchen im ganzen Lande, vor allem aber in den Hauptstädten Krakau und Lemberg, dargebracht wurden. 1894 kam der Kaiser wieder nach Lemberg zum Besuche der Landes-Ausstellung, der er vier Tage widmete. Zehn Jahre später, 1904, kam der Monarch nach Schluß der Kaisermanöver bei Komarno noch eigens zu einträglichem Besuche nach Lemberg.

Zur Zeit der ersten zwei Besuche waren Oesterreich und Galizien noch nach dem alten absolutistischen System regiert, das nach den Erschütterungen des

Jahres 1848 sich noch für lange gefestigt hatte. Als der junge Kaiser damals zum ersten Male Lemberg sah, hatte die Stadt noch den dünnen, künstlichen Firniß des Deutschtums, den ihr eine fremde Beamtschaft und die Unterdrückung aller nach außen allzu deutlich sichtbaren Spuren eigenen nationalen Lebens ansahminkten. Der dritte Besuch erfolgte unter völlig veränderten Verhältnissen und unter dem glücklichen Zeichen eines zwischen dem Monarchen und der Nation hergestellten tiefeingewurzelten Vertrauens. Waren die ersten Besuche feierlich und die Empfänge prächtig, so trug doch alles den Stempel amtlicher Steifheit. In den Jahren 1880, 1894 und 1904 durchdrang jedwede Veranstaltung ein Gefühl der Herzlichkeit und der Wärme, einer Pflicht, die zu wahrer Herzenspflicht geworden war. Die Grundlagen dieses Verhältnisses hatte der galizische Landtag fest umschrieben in den historischen Worten seiner Adresse: „Ohne Besorgnis einer Abtrünnigkeit von unserer nationalen Idee, im Glauben an die Sendung Oesterreichs und im Vertrauen auf die Dauerhaftigkeit der Aenderungen, welche Dein Monarchenwort als Deine unabänderliche Absicht ausgesprochen, erklären wir aus der Tiefe unserer Herzen, daß wir zu Dir, Erhabener Herr, stehen und stehen wollen.“

Von dieser Zeit her beherrschte die Beziehungen zwischen Kaiser Franz Josef und dem national und kulturell von jedweden fremden Drucke befreiten Polentum eine Uebereinstimmung, von der die polnischen Blätter mit Recht in ihren Nachrufen für den dahingeschiedenen Monarchen hervorheben, daß sich das Gefühl der tiefen Dankbarkeit nicht an die politischen Grenzen hielt. In allen polnischen Landen waren fortan die Polen gewohnt, auf Kaiser Franz Josef als den Hort und Schutz ihrer Nation und ihrer Rechte zu blicken. Ein Denkmal dieser geistigen Schirmherrschaft war die Errichtung der Akademie der Wissenschaften in Krakau, ein Zeichen dieser geistigen Schirmherrschaft war es auch, daß der jüngst verstorbene Henryk Sienkiewicz sich unter den Ersten befand, die das von Kaiser Franz Josef neugestiftete goldene Ehrenzeichen für Kunst und Wissenschaft empfangen.

Im Verlaufe des halben Jahrhunderts, das nun seit Beginn der Verfassungsära in Oesterreich zu Ende geht, hatte Kaiser Franz Josef niemals Veranlassung,

zu bedauern, daß durch ihn die nationalen und kulturellen Rechte der Polen unter seinem Szepter, ihre Rechte auf Selbstverwaltung wiederhergestellt wurden, und daß dieser Zustand für die Gesamtentwicklung der dreigeteilten Nation geradezu von entscheidender Bedeutung geworden ist. Wieder und wieder haben die Polen in den schwierigsten Lagen des Staates den Ausschlag gegeben, wenn es galt, Staatsnotwendigkeiten zu ihrem Recht zu verhelfen, und wiederholt geschah solches Eingreifen auf unmittelbaren Wunsch des Monarchen und in einer solchen Weise, daß nur die mit den Vorgängen in der politischen Kulisse Allervertrautesten wußten, daß diese oder jene entscheidende Wendung im österreichischen Parlamente durch polnische Bemühungen herbeigeführt wurden. So war es, wie dies seinerzeit in diesen Blättern Professor Stanislaw Smolka erzählt hat (vergleiche „Polen“, Heft 8), als Franz Smolka sein Wort verpfändete, er werde trotz aller entgegenstehenden Hindernisse das Landsturmgesetz — damals, 1886, angesichts der wieder einmal akut gewordenen russischen Gefahr für die Monarchie eine wahre Lebensfrage — im Abgeordnetenhaus rascher Erledigung zuführen. Aehnliche Beispiele ließen sich aus der Geschichte dieses halben Jahrhunderts recht zahlreich anführen. Der Kaiser sparte auch nie mit Worten der Anerkennung für die Polen. Während der Manöver in Jaroslau im Jahre 1893 erwiderte der Monarch auf die Ansprache des Landmarschalls Fürsten Eustachius Sanguszko: „Ich bin glücklich, daß ich mich wieder unter Ihnen befinde, in dem Lande, das mir immer und bei jeder Gelegenheit so viele Beweise der Treue und Anhänglichkeit gegeben, in dem Lande, dessen Vertreter, die alle Schichten repräsentieren, nicht nur ihre eigenen Interessen, sondern auch die Interessen der ganzen Monarchie im Auge behalten. Ich benütze die Gelegenheit, um aus diesem Grunde meine Anerkennung und meinen kaiserlichen Dank auszusprechen.“ Und das Jahr darauf sagte der Monarch in Lemberg zur Deputation der Bezirksausschüsse: „Die Herren haben den Beweis erbracht, daß die Berücksichtigung der nationalen Eigenheiten und die Achtung der Tradition das Band zwischen dem Staate und dem Lande um so fester geknüpft haben. Ich sehe daher ruhig in die Zukunft, in die auch Sie im Vertrauen auf meine wohlwollenden Absichten sehen sollen.“ Und bei seiner Abreise sprach er laut die damals viel bemerkten und seither oft

zitierten Worte: „Ich danke noch einmal für so viele Beweise der Treue. Wir verstehen uns und dürfen immer aufeinander zählen.“

Es war, wie ein Krakauer Blatt sagt, eine Bekräftigung des politischen Einverständnisses des Monarchen mit der polnischen Gesellschaft, eines auf gerechtem Ausmaße der Rechte fest beruhenden Einvernehmens. Der Kaiser verstand es, inmitten der Polen nicht bloß die auf politischem Raisonement aufgebaute Loyalität herauszufühlen. Er fühlte sich persönlich wohl unter ihnen, nicht als Monarch allein, sondern als Mensch. So sagte der Kaiser einmal beim Abschiede von Galizien zum Landmarschall Grafen Stanislaw Badeni: „Nach den vielen schweren Augenblicken, die ich in der letzten Zeit durchmache, ist für mich der Aufenthalt unter Ihnen eine Erholung.“ Nicht minder herzlich und vielsagend waren bei einem ähnlichen, viel früheren Anlasse die zwischen dem Kaiser und Herrn v. Grocholski gewechselten Worte. „Ich lasse mein Herz unter Ihnen“, sagte der Kaiser. — „Eure Majestät nehmen unsere Herzen mit,“ war die Antwort.

Der Tod des greisen Monarchen ist zusammengefallen mit der großen historischen Stunde der Auferstehung des Königreiches Polen, die nicht allein durch den die Unterschrift Kaiser Franz Josefs tragenden Akt erfolgt ist, sondern ohne die fünfzig Jahre seiner gerechten und weisen Regierung über einen so großen Bruchteil der polnischen Nation einfach unmöglich gewesen wäre. Er hat uns Gelegenheit gegeben, zu beweisen, daß wir einer Selbstregierung, daß wir eines eigenen staatlichen Lebens fähig sind, entgegen allen Vorurteilen, die sich an unsere Geschichte so verhängnisvoll heften. Und erst eine spätere Geschichtsschreibung wird nachzuweisen wissen, wie groß der persönliche Anteil des Kaisers Franz Josef an dieser jüngsten, für uns so glücklichen Wendung gewesen.

#### Aus Erinnerungen des Herrn v. Biliński.

Der Obmann des reichrätlichen Polenklubs, Dr. Leon Ritter v. Biliński, veröffentlicht in der „Neuen Freien Presse“ vom 24. November einen längeren Aufsatz unter dem Titel: „Aus meinen Erinnerungen an den verewigten Kaiser“. Es seien hier daraus die folgenden Stellen wiedergegeben, die sich auf das Verhältnis des Kaisers Franz Josef zu den Polen beziehen. Herr Dr. v. Biliński schreibt:

Franz Josef I., dessen Person für eine Reihe von Generationen identisch war mit dem Begriff des „Kaisers“, mußte uns in den schwersten Zeiten verlassen!

Ein polnischer Politiker, der über diese große historische Persönlichkeit auch nur einige Gedanken zu veröffentlichen wagt, darf dies nicht tun, ohne vorher dankbaren Herzens eine Tatsache festzustellen: daß Kaiser Franz Josef in seiner hohen staatsmännischen Weisheit der erste war, der bereits vor fünfzig Jahren die politische und kulturelle Bedeutung des polnischen Elements für Oesterreich und das zivilisierte Europa erkannt und diese Erkenntnis unbeirrt als Regierungsmaxime durchgeführt hat. Der edelste und gerechteste Monarch hat am polnischen Volke zum Glück keine Enttäuschung erfahren. Immer folgte es willig seinem Rufe. Bei dem Volke, dem er die Ausübung seiner nationalen Rechte gewährte und mit seiner erhabenen Person verbürgte, wird sein dankbares Andenken ewig leben. Die hochbedeutsamen Ereignisse des 5. November 1. J. aber bilden vor der Weltgeschichte ein bleibendes, mit Blut und Eisen geschriebenes Zeugnis für Kaiser Franz Josefs große politische Konzeptionen.

Als nach der russischen Ueberflutung von fast ganz Galizien ein Großteil der Bevölkerung sich nach Wien und die Hinterländer geflüchtet hatte, ergriffen Gegner des polnischen Volkes die Gelegenheit, um das letztere in allen, auch den höchsten Kreisen, des Mangels an Patriotismus anzuklagen. Schweren Herzens entschloß ich mich als Minister, beim Kaiser den Versuch zur Ehrenrettung meines Volkes zu unternehmen. Als ich ausführlich dargetan hatte, daß die Polen, die dem Kaiser in der langen Friedenszeit treu waren, ihn doch im Unglück nicht verlassen werden, antwortete er gerührt: „Aber es ist ja nichts geschehen, es ist alles gleich geblieben.“ Hierauf veranlaßte ich die Entsendung der großen Deputation, welche vom Kaiser, als sie im Jänner 1915 in einer Adresse den Treueid darbrachte, in der gnädigsten Weise empfangen wurde. Dieser Empfang und die huldvollen Gespräche mit jedem Einzelnen brachten Beruhigung und politisches Gleichgewicht in die Reihen des von schwerem Unglück getroffenen polnischen Volkes.

Man hörte trotzdem nicht auf, es zu verdächtigen, aber der Kaiser blieb standhaft in seinen Empfindungen. Als er im Juli 1915 sich genötigt sah, einen General nichtpolnischer Zunge zum Statthalter zu ernennen, ließ er mich in meiner

Eigenschaft als Obmann des Polenklubs zu sich kommen und empfing mich mit den Worten: „Ich weiß ja, Sie waren schon früher als Minister dagegen und sind auch jetzt dagegen, aber Ich muß es nunmehr tun.“ Und im weiteren Verlaufe gab er mir den Befehl: „Sagen Sie nur jedermann von den Polen, trotz dieser Ernennung bleiben die Rechte der polnischen Sprache in Galizien unversehrt und Mein Verhältnis zu den Polen — Sie wissen ja, Mein Verhältnis zu den Polen — bleibt unverändert aufrecht.“

So war der gütigste, der edelste, wohl der einzige Schützer des unglücklichen polnischen Volkes zu einer Zeit, als dasselbe noch nicht — Dank seinem und des Deutschen Kaisers Manifest — plötzlich populär geworden war. Ehre seinem geheiligten Andenken!

#### Die letzte Audienz eines Polen.

Der letzte Pole, welcher vom verstorbenen Kaiser in Audienz empfangen wurde, war der ehemalige Minister für Galizien, Dr. Zdzisław v. Morawski. Während seines zeitweiligen Aufenthaltes in Krakau war Dr. v. Morawski so liebenswürdig, der Redaktion des „Czas“ über diese Audienz folgende Informationen zu erteilen:

Die Audienz fand am 4. November statt. Se. Majestät empfing der Reihe nach einige Minister, die aus dem Kabinett weil. des Grafen Stürgkh austraten. Die Audienz fand im Arbeitszimmer des Kaisers statt, beim Schreibtisch, an welchem der Kaiser seine Tagesarbeit unermüdlich zu erfüllen pflegte. Mit herzlicher Sorge erkundigte sich der Kaiser beim Minister Morawski um den Zustand des Landes und in besonders eingehender Weise über den Wiederaufbau der niedergebrannten Städte und Dörfer, über den Herbstanbau und über die Evakuierung. Zum Schlusse der Audienz erwähnte der Kaiser mit dem Ausdrucke größter Besorgtheit, wie viel ihm gerade in diesen Tagen die allgemeine polnische Frage zu tun gebe. Herr v. Morawski erwiderte, die polnische Frage errege alle bis in das Tiefinnerste ihres Herzens, und daß sämtliche Polen, ohne Ausnahme, darauf zählen, daß die Hand des Monarchen, die uns stets mit so vielen Wohltaten überschüttete, auch für Polen Segen bringen werde. Der Kaiser hörte diese Worte mit dem Ausdrucke besonderer Güte an und verabschiedete den Minister mit dem gnädigsten Danke hiefür.

### Die Trauer im Königreiche Polen.

Aus Warschau wird gemeldet:

Das Präsidium der „Liga der polnischen Staatlichkeit“ ist beim hiesigen Vertreter Oesterreich-Ungarns, Baron Andrian, erschienen und hat ihm im Namen der polnischen Zentrumsparteien, deren tiefstes Beileid anlässlich des Hinscheidens Kaiser Franz Josefs mit den Worten ausgedrückt, daß der verblichene Monarch als Schirmherr der polnischen Sache auf ewig in dankbarem Gedächtnis der polnischen Nation weiterleben wird.

Gleichzeitig hat das Parteipräsidium, die Gefühle seiner Ehrfurcht sowie seine Huldigung an Kaiser Karl gelangen zu lassen.

\*

Lublin, 22. November.

Anlässlich des Ablebens des Kaisers und Königs Franz Josef erschienen im Namen des Zentral-Hilfskomitees in Lublin im Gebäude des Generalgouvernements die Herren Jan Stecki und Tadeusz Rojowski, um vor dem Generalgouverneur Feldzeugmeister Kuk, Zivillandeskommissär von Madeyski und dem Vertreter des Ministeriums des Aeußern, Baron Hoenig O'Carrol ihr Beileid zum Ausdruck zu bringen.

Präsident v. Stecki hielt an den Generalgouverneur folgende Ansprache:

„In vollem Bewußtsein des ungeheuren Verlustes, den die österreichisch-ungarische Monarchie durch den Tod Sr. Majestät erlitten hat, drücken wir hie mit Euer Exzellenz unser volles, umso mehr berechtigtes Beileid aus, als der verstorbene Monarch während seiner langen Regierung der polnischen Nation bis zum letzten Moment seines Lebens Gerechtigkeit stets widerfahren ließ und die unter seinem Zepter lebenden Polen sich stets seiner gnädigen Obhut erfreut haben.“

Der Generalgouverneur betonte in seiner Erwiderung, für den herzlichen Ausdruck der Teilnahme dankend, die väterliche Fürsorge und treueste Pflichterfüllung des verewigten Kaisers und Königs. Alle Völker der Monarchie hegen in ihrem Herzen für weiland Se. Majestät Gefühle der heißesten Dankbarkeit, so

auch die Polen Oesterreichs. „Es gereicht mir — sagte der Generalgouverneur — in dieser für uns alle schweren Stunde zur Befriedigung, daß auch die Polen dieses Landes voll empfinden, was weiland Se. Majestät für sie noch in letzter Stunde getan hat und daß sie durch den Ausdruck ihrer Gefühle uns den großen Schmerz tragen helfen.“

\*

Lublin, 23. November.

Der Beirat der Stadt Lublin richtete an den Generalgouverneur folgendes Schreiben:

„Der Beirat der Stadt Lublin ersucht Eure Exzellenz um Uebermittlung des Ausdruckes der tiefsten Trauer, mit welcher der Tod des Kaisers von Oesterreich und Königs von Ungarn, dem die polnische Nation immer die innigste Verehrung und wegen der letzten historischen Tat der Wiederaufrichtung des selbständigen polnischen Reiches unerschöpfliche Dankbarkeit entgegenbrachte, die Stadt Lublin erfüllt hat.“

Weiter haben die Vertreter des Beirates des Lubliner Magistrats, Superintendent Konsistorialrat Schöneich, Vertreter des Lubliner National-Ausschusses, der israelitischen Kultusgemeinde und des Ausschusses dieser Gemeinde ihre tiefe Anteilnahme zum Ausdruck gebracht.

\*

Lublin, 23. November.

„Ziemia Lubelska“ schreibt: Wie es während der Regierung Kaiser Franz Josefs unseren Brüdern ergangen ist, wissen am besten wir im Königreiche, die wir lange Jahre über die galizische Grenze pilgerten, um dort die Luft der nationalen Freiheit einzuatmen. In Galizien fand in den letzten Jahrzehnten die polnische nationale Kultur Schutz und Stütze. Nur dort war es uns erlaubt, uns als Polen zu fühlen und für die Entwicklung des Polentums frei zu arbeiten. Diese Lebensbedingungen unserer galizischen Volksgenossen haben Bande der Sympathie zwischen dem Monarchen in der Wiener Burg und dem Polenvolke geknüpft und gebieten uns heute, mit aufrichtigem Bedauern und Beileid die Stirn vor der Majestät seines Todes zu beugen.

## Der Weg über Warschau.

Vom ersten Moment an, seit der Krieg zu toben begann, erhob sich in der von allen Seiten überfallenen deutschen Nation der Zweifel, welcher von den beiden Hauptfeinden der wesentlich bedrohlichere also der rücksichtsloser zu bekämpfende sei: England oder Rußland? Besonders die Politiker begriffen es richtig, daß die Wahl auch mit Rücksicht auf die letzten Kriegsziele notwendigerweise zu treffen sei.

So darf uns auch nicht wundernehmen, wenn sich im dritten der schweren Kriegsjahre eine Strömung in der deutschen politischen Welt immer deutlicher wahrnehmen läßt, die den deutsch-russischen Gegensatz in möglichst milder Gestalt darzustellen sucht. Es bleibe ununtersucht, ob die Wahl richtig getroffen sei. In diesem Falle muß ja, schon als ein Ergebnis des „Umlernens“ hervorgehoben werden, daß jener Gegensatz nicht schlechtweg gelehnet wird. Den Anhängern dieser „Neo-Russophilie“ (wie die Strömung von den Deutschen selbst benannt wurde) erscheint er nur als nicht unüberbrückbar. In dem Drange Rußlands nach Konstantinopel sehen sie keine eigentliche Eroberungssucht, es soll nur darin die Forderung nach einer freien Durchfahrt der Dardanellen liegen, und die wirtschaftlichen Orientinteressen der beiden kämpfenden Staaten ließen sich doch im Vertragswege erledigen. Und dergleichen mehr. (S. „Polen“, Heft 95: „Neo-Russophilie“.) Eine Art „Neo-Russophilie“, wenn auch aus anderen Gründen, legte auch in der jüngsten Polendebatte im preußischen Abgeordnetenhaus jener Redner von der äußersten Linken an den Tag, der gegen die Unabhängigkeitserklärung Polens sprach; sie würde, nach seiner Meinung, die wir durchaus nicht teilen, eine Verlängerung des Krieges mit Rußland bedeuten.

Die Frage der deutsch-russischen Beziehungen ist sehr verwickelt, wie alle wirtschaftspolitischen Fragen. Unleugbar ist es, daß, wenn auch der Gegensatz viel stärker wäre, als er in jener erst erwähnten Anschauung erscheint, und die russischen Gelüste viel weiter gingen, es doch möglich sein muß, die Angelegenheit wenigstens auf längere Dauer in einem Vertrag zu schlichten. Man darf oder man möchte doch nicht zugeben, daß das Schwert auf die Dauer das einzige Mittel sei, über solche Gegensätze zu entscheiden. Im Gegenteil, wir wollen eben hier hervorheben, daß jetzt gerade die Zeit gekommen scheint, da die wirtschaftspolitischen Postulate Mitteleuropas und Rußlands vielleicht wirklich nicht mehr lange den *casus belli* bilden werden. Gerade jetzt, da der unmittelbarste Gegensatz zwischen diesen zwei Kriegsparteien ein für allemal beseitigt erscheint.

Nicht im fernen Orient, sondern eben hier, im nächsten Osten, wurde seit über einem Jahrhundert der Kriegskeim gehegt und ausgebrütet. Ueber die in weiter Ebene ruhig ausgebreiteten Gelände Polens stierte gegen Mitteleuropa die Gefahr, die den Frieden der Menschheit auf die Dauer unmöglich, unwahrscheinlich machte. Wie konnten Deutschland und Oesterreich-Ungarn an die ihnen nottuende wirtschaftliche Expansion denken, so lange Rußland als das Untier in ihrer nächsten Nähe dalag, immer zum Sprunge bereit? Der Weg über Warschau, für die Zarenarmee frei und offen, fesselte jeden Versuch, sich im Orient in friedlicher Weise wirtschaftlich einzurichten.

Man hat während dieses Krieges oft das bekannte Wort Bismarcks über die Orientinteressen Deutschlands als Beweis angeführt, wie auch der geniale Staatsmann die Entwicklung der Dinge nicht vorausszusehen vermochte. Aber in seinem Irrtum stak doch auch eine große Wahrheit, die gerade in den von ihm immer in die Ferne gerückten Krieg mit Rußland besonders stark zum Vorschein kam. Denn es zeigte sich, daß vor allen anderen Gegensätzen zuerst derjenige zur Lösung gelangen mußte, der die Sicherheit des Deutschen Reiches unmittelbar und empfindlichst bedrohte. Diese Lösung ist gekommen, der polnische Staat ist entstanden, der Weg über Warschau für Asiens Horden endgültig gesperrt.

An diesem militärisch und politisch wichtigsten Punkte gelähmt und gebändigt, wird Rußland sich erst geneigt zeigen, über anderweitige wirtschaftliche Fragen in Verhandlungen einzugehen. Hätte sich die Polenfrage in diesem Kriege anders gestaltet, würde sie militärisch anders ausgefallen, oder von den siegreichen Mittelmächten politisch nicht im Sinne des Manifestes von 5. November gelöst sein, dann würde Rußland, als Sieger oder als diplomatischer Spieler, aller Verständigung gewiß sich verschlossen zeigen. Denn es hätte noch immer den Weg über Polen, in Wirklichkeit oder in Hoffnung, für sich ausnützen, von hier aus die Mittelmächte be-

drohen können, um dort, im Orient, freie Hand zu gewinnen. Der große, nächst bedrohliche Gegensatz zwischen Rußland und den beiden Mittelmächten lag stets in Polen — entgegen allen jahrzehntelangen Versicherungen der alten zünftigen Diplomatie, die sich dabei doch stets unruhevoll dieser größten Heuchelei ihres Metiers bewußt blieb. Die Losreißung der polnischen Lande von Rußland und die den Mittelmächten nunmehr entschlossen zugewandte Haltung der Polen im Königreiche entschied, in diesem Zusammenhange der Dinge, wirklich über die künftige Machtstellung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns. Der polnische Staat, der nun dank dieser beiden Voraussetzungen entsteht, bringt somit die beste Bürgschaft für das Gedeihen der Wirtschaftspolitik der Mittelmächte — mit Einschluß Polens — im nahen und mittleren Osten bis an den Persischen Golf und darüber hinaus bis in den fernen Osten.

Der polnische Staat als Verbündeter Europas gegen Rußland bringt also eine wesentliche Aenderung im Verhältnisse Deutschlands und Oesterreich-Ungarns zur Zarenmacht. Als mit anmaßungsvoller Sicherheit einmal Fürst Gorczakow dem Grafen Julius Andrássy gegenüber die fast drohende Aeufßerung tat: „Der Weg nach Konstantinopel führt über Wien,“ bekam er die schlagfertige Antwort zu hören: „Und der Weg nach Petersburg über Warschau.“ So lange aber dieser zweite Weg, die große einstige Verteidigungsstraße Europas vor westlichen Gefahren, de facto „staatsrechtlich“ und militärisch asiatischen Horden den Stoß ins Herz Europas ermöglichte, war doch die Drohung des russischen Kanzlers viel konkreter als die Gegendrohung des österreichisch-ungarischen Ministers. (Die Episode läßt, nebstbei sei dies angemerkt, tief, recht tief hineinblicken in den Wert der oben erwähnten Versicherungen von einst.) Der Gorczakowsche Hieb, als er nach so langer Zeit endlich versucht wurde, mußte erst von der Andrássy-Parade abgewehrt werden; militärisch und politisch mußten die Mittelmächte den Weg über Warschau de facto sich sichern. Die Siege des Kriegsjahres 1915 und die gewaltige „politische Offensive“ des Unabhängigkeits-Manifestes vom 5. November mußten erst zusammenwirken, damit dieser Weg tatsächlich für Europa offen bleibt und erlaubt, die russische Gefahr aufzuhalten. In Wirklichkeit gewährt erst der polnische Staat die Sicherheit, daß dieser Weg für die russische Macht, auf ihrem erträumten Zuge über Wien und Berlin nach Konstantinopel, endgültig gesperrt bleibt. Der neue Verbündete Mitteleuropas wird an der Weichsel Wacht über eigenes und der Verbündeten Gut halten. Berlin, Wien, Budapest und Warschau bilden von nun an ein festgeschlossenes Viereck, vor dessen Unzerbrechlichkeit sich Petersburg wohl in acht nehmen muß. Die Verwirklichung seiner Pläne auf Konstantinopel wird also Rußland jetzt auf einem anderen Wege zu suchen gezwungen sein. Ja, nicht der Weg allein zu der Verwirklichung, das Wesen selbst der Pläne wird sich ändern müssen, wenn anders Rußland nicht immer wieder auf den Widerstand des neuen mitteleuropäischen Dreibundes: Deutschland, Oesterreich und Ungarn, Polen, stoßen will. Um so eher wird Rußland geneigt sein, eine friedliche Verständigung über diskutabile Ziele am Goldenen Horn in Verhandlungen anzustreben, je fester es den Weg über Warschau für Gewalt gesperrt sieht. Der uralte Zusammenhang der polnischen mit der orientalischen Frage, verhängnisvoll für Polen, die Türkei und Europa seit der ersten Teilung der Republik, erweist sich wirksamer denn je: Da die polnische Frage aufhört, ein Problem und Gefahrenquelle für Mitteleuropa zu sein, neigt sich auch die orientalische zu einer friedlichen Entwicklung. Der neue polnische Staat eröffnet die Möglichkeit, Gegensätze auf einem der Kultur mehr angemessenen Wege als durch Blutvergießen zu schlichten.

Nur unter diesen Bedingungen können diejenigen recht haben, die an eine Verständigung zwischen Deutschland und Rußland in den Orientinteressen glauben. Denn nur ein so geschwächtes Zarenreich wird sich zu Verhandlungen geneigter finden lassen. Und wenn es auch gewiß noch lange gegen Warschau schießen wird, um wenigstens neue Zugeständnisse im Orient zu erhandeln, so wird es doch allmählich jede Hoffnung auf den Weg über Polen aufgeben müssen. In dem Maße aber, als diese Hoffnung abnimmt, werden auch die Aussichten und Erfolge des neuen mitteleuropäischen Dreibundes im Orient steigen, und damit wird auch die Verständigung mit dem machtsüchtigen Rußland über friedliche Wahrung wirtschaftlicher Interessen an den Dardanellen leichter kommen. Man sieht, wie viele belangvolle Fragen in Warschau zusammenlaufen. Da wird es klar: der Weg über

die Hauptstadt des neuen Polenreiches muß außergewöhnlich stark und dauerhaft ausgebaut werden. Wohl wird dies durch die natürliche, elementare Kraft des Volkes geschehen, das dort im freudigen Schwunge seiner Wiedergeburt seine neue Geschichte, als Nation und Staat, bilden und weben wird. Aber diese politische Naturkraft, wie sie auch durch eigene politische Vernunftskraft gefördert werden wird, muß noch in auswärtiger politischer Einsicht Stütze und Förderung finden. Sie darf nicht Hemmungen und Hindernissen begegnen, die ihre notwendige Entwicklung erschweren könnten.

Der Weg über Warschau bot mehr als ein Jahrhundert lang dem Ungeheuer des Krieges die beste Gelegenheit, über Europa herzufallen. In der neuen Epoche, die mit der Wiederherstellung des polnischen Staates beginnt, wird dieser Weg dem Frieden Europas die besten Dienste erweisen. Denn auch zwischen Rußland und den Zentralmächten muß doch einmal eine Friedensmöglichkeit aufdämmern und ein Ausweg wird sich finden müssen, beiderseitige Machtinteressen, wenigstens für geraume Zeit, in Verhandlungen, nicht im Blutvergießen zu entscheiden. Zweifellos und sicher aber nur dann, wenn die russischen Machthaber sich vor die unerschütterliche Tatsache gestellt sehen, daß ihnen der Weg über Polen ein für allemal gesperrt ist. Das müssen die „neurussophilen“ Politiker zur Hauptvoraussetzung all ihrer weiteren Gedanken und Pläne machen. Wieder und wieder müssen sie sich vor Augen halten, daß es nicht um ein „Entweder — oder“ — entweder ein freies Polen oder Verständigung mit Rußland — sondern um ein „Sowohl — als auch“ geht: Sowohl ein freies Polen als auch Verständigung mit Rußland. Denn man täusche sich nicht: Verständigung der Mittelmächte auf dem Fuße der Machtgleichheit mit Rußland ist nur möglich, wenn Polen nicht in russischen Händen bleibt. Hinter allen früheren „Heiligen Allianzen“, „turmhohen Freundschaften“ oder wie man es nannte, stand in Wahrheit immer der russische Druck, ausgeübt auf dem Wege über Warschau. Die Beseitigung dieses Druckes ist nur möglich, wenn Mitteleuropa von dem Wege über Warschau bleibend Besitz ergreift und das einzige Organ, das für Mitteleuropa solche Erleichterung und solchen Segen wirken kann, ist eben der freie und unabhängige polnische Staat. Und es ist selbstverständlich, daß dieser Segen erst dann wirklich erreicht und dauernd werden kann, wenn der Weg über Warschau als ein Nerv gesichert wird, dessen Bloßlegung schon zu tödlichen Gefahren führt. Es ist die Frage der Grenzen Mitteleuropas gegen Osten, die hier besonders in Betracht kommt. Denn sicher ist, daß nur ein wesentlich zurückgedrängtes Rußland sich auch in seinen ferneren Plänen bescheiden zeigen, auf politische und militärische Machtpläne in Konstantinopel verzichten wird, um legitime wirtschaftliche Interessen durch friedliche Verständigung zu wahren. In solcher Auffassung kann und wird — dies hoffen wir und erwarten als Ergebnis des neuen mitteleuropäischen Dreibundes auf Gedeih und Verderb — die „Neorussophilie“ eine der realpolitischen Grundlagen eines dauernden Friedens werden, der der wieder zu ihrem historischen Rechte gekommenen Interessengemeinschaft zwischen Mitteleuropa und Polen gerecht wird.

## Die Polendebatte im preußischen Landtage.

Ein Artikel  
der Wiener „Arbeiter-Zeitung“.

Wir sind zu Dank verpflichtet dem ungenannten, wenn auch nicht schwer zu erratenden Verfasser eines Aufsatzes, der in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ vom 23. November die am Montag den 21. November im preußischen Abgeordnetenhaus durchgeführte Polendebatte bespricht. Dieser Aufsatz schaltet jeden spezifisch polnischen Gesichtswinkel aus, den wir natürlich nicht vermeiden könnten; er erfaßt andererseits das spezifisch Preußische der

ganzen Frage, das allgemeine Deutsche und das Gesamteuropäische mit einer Klarheit und wieder mit solcher Freiheit von jedwedem Verdachte auch des leisen Hinneigens zu „polnischer Sentimentalität“, daß wir uns vergeblich mühen müßten, hier nachzukommen. Unser Standpunkt in der inneren polnischen Frage des preußischen Staates wurde lange vor dem Zwei-Kaiser-Manifest vom 5. November deutlich festgelegt. Dem Artikel „Staatsstreuung und Volkstreuung“, erschienen im Heft 5 (29. Jänner 1915) dieser Zeitschrift, sei-

nem wesentlichen Inhalte nach wiederholt im Hefte 79 (1. Juli 1916) im Aufsätze „Offene Worte an die Berliner „Post“, könnten wir weder etwas hinzufügen, noch davon etwas zurücknehmen. Wir beschränken uns auf die Feststellung, daß von Anfang an, und zu einer Zeit, da den Glauben der Polen an die Wiederauferstehung unseres Staates noch niemand teilen wollte, wir als Polen jenen Gedanken vertraten, der in den Schlußsätzen des Artikels der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ ausgesprochen sind. Es sind die einzigen Sätze, die in unserer Wiedergabe des Artikels von uns hervorgehoben wurden. Wenn man darin die Worte „deutsch“ und „Deutsche“ mit den Worten „polnisch“ und „Pole“ jeweils gegeneinander vertauscht, dann erhält man das getreueste Abbild der für eine lange Zukunft Grundlagen legenden polnischen Real-Politik in ihren Beziehungen zur deutschen Nation. Und wir können nur hoffen und wünschen, daß solche Politik auf lange und längste Sicht auch im deutschen Volke den Sieg davonträgt.

Der Aufsatz der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ unter der Überschrift „Die Polendebatte im preußischen Landtage“ lautet:

Die deutsche Nation, soweit sie im Deutschen Reiche ihren politischen Ausdruck findet, ist durch die bisherigen Ergebnisse des Krieges vor neue nationale Tatsachen gestellt worden. Sie hat Neues erfahren und Neues zu lernen, sie kommt im Grunde das erstemal in der Geschichte des neuen Reiches dazu, zu den anrainenden Nationen ein näheres und festeres Verhältnis zu gewinnen, und betritt dieses Neuland mit zurückhaltender Vorsicht. Das ist nicht zu verwundern und kann nur von bösem Willen mißdeutet werden.

Eben tagt der preußische Landtag, ein Untergemach der Nation und, noch bis vor kurzem wenigstens, seine Herrenstube. Dieser Landtag ist alles eher als die Nation selbst, er ist der Machtsitz jener Gruppe, die als preußisches Junkertum in der ganzen Welt auffällig bekannt und im Kriege so oft genannt worden ist. Wahr ist, daß sie geschichtlich viel zur Erhöhung der deutschen Macht beigetragen, zu ihrer Beliebtheit aber wenig. Diese Gruppe verhehlt ihr Mißvergnügen über die Schaffung eines selbständigen Königreichs Polen nur schlecht. Die konservative Rechte und die Nationalliberalen, die ganze Bethmann-Fronde, hat nun

die Annahme einer Erklärung durch den Landtag betrieben, die besagt,

daß mit der Proklamierung des selbständigen Königreichs Polen unter Zustimmung und Verantwortung der Staatsregierung, ohne daß dem Landtag Gelegenheit zur Meinungsäußerung gegeben worden ist, ein Schritt getan ist, der wichtigste Lebensinteressen des preußischen Staates berührt.

Das Abgeordnetenhaus spricht danach die bestimmte Erwartung aus, daß bei der endgültigen Ausgestaltung der Verhältnisse des seine kulturellen und nationalen Bedürfnisse frei regelnden neuen Staatswesens dauernd wirksame militärische, wirtschaftliche und allgemein politische Sicherung Deutschlands im Königreich Polen geschaffen werden.

Das Haus der Abgeordneten behält sich seine Stellungnahme zu etwaigen politischen Schritten, welche die Interessen der polnischsprechenden Preußen berühren, nach Maßgabe der weiteren Entwicklung der Verhältnisse völlig vor. Es erklärt aber schon heute keine Regelung der innerpolitischen Verhältnisse in der deutschen Ostmark für möglich, die geeignet wäre, den deutschen Charakter der mit dem preußischen Staate unlösbar verbundenen und für das Dasein sowie die Machtstellung Preußens und Deutschlands unentbehrlichen östlichen Provinzen irgendwie zu gefährden.

Die beliebte Einwendung, daß die parlamentarische Erörterung dieser Dinge der Kriegführung und der Reichspolitik abträglich sei, haben die Junker für sich natürlich nicht gelten lassen! Was in ihren Augen und nach ihrem Verstand den Lebensinteressen des preußischen Staates nicht dienlich ist, das sagen sie freimütig heraus und kümmern sich wenig um Bedenken über die Freigabe der Erörterung der Kriegsziele. Ihr Beispiel wird Schule machen und mit gutem Recht.

Indessen ist der preußische Junker nicht Preußen und der preußische Staat nicht die deutsche Nation. Diese findet sich heute in veränderter Lage. Vor dem Kriege schloß sie sich ab in den Grenzen des endlich errungenen Nationalstaates, wie er 1870 geworden. Sie selbst genug, bekümmerte sie sich um die kleineren Nationen wenig und verwendete wenig Mühe darauf, sie zu verstehen, ihren Interessen nachbarlich gerecht zu werden und sich so gute Nachbarn zu sichern. Die fremden Volkssplitter, die auf dem Reichsboden siedelten, waren der Zahl nach und im Verhältnis zum Nationalstaaten so schwach, daß sie wie eine geographische Anomalie vernachlässigt werden konnten. Die Annahme, daß solche Volksteile durch Zwang eingedeutscht werden können, erwies sich als falsch und verderblich, aber sie war denkbar, war subjektiv entschuldbar, zumal da man

ringsum deutsche Minderheiten in fremden Staatsverband hinschwinden sah. Man verfuhr insofern redlich, weil man bereit war, sich um sie nicht zu bekümmern, und das, was man selbst verlangte, auch den anderen zugestand.

Anders stand es schon um die Polen im Osten Preußens. Die bisherige preußische Polenpolitik war das Gegenstück der russischen, war durch Jahrzehnte der Grundinnigen Einverständnisses zwischen Berlin und Petersburg, die verschwiegene Interessengemeinschaft einer zweiseitigen Reaktion. Man verstand sich an dem Sarge dieser Nation, man hielt mit vereinten Kräften den Sargdeckel zu. Gerade dieser Umstand erklärt auf der anderen Seite das besondere Interesse, das die Freunde eines freiheitlichen Europa an der polnischen Frage seit jeher genommen haben.

Die Partei des Großfürsten Nikolaus hat wohl zuerst diesen stillen Pakt gebrochen, indem sie mit einem befreiten Polen zu kokettieren begann. Seither ist er dahin, seither ist er auch nicht mehr aufzurichten und vergebens unternehmen Preußens Junker den Versuch, ihn wiederzubeleben und neuerlich über das Schicksal Polens hinweg den abgerissenen Draht zwischen Berlin und Petersburg anzuknüpfen. Sie möchten einige Jahre aus der Geschichte streichen und das geht nicht und würde auch nichts mehr nützen. Daher diese Tränen! Und daher die verbissene Gegnerschaft gegen die „Neuorientierung“ im Osten, die sie aus vielen Gründen verwünschen. Herr v. Heydebrand, der Führer der Konservativen, kleidet seinen Aerger in die hohe patriotische Sorge: Was wird aus dem deutschen Charakter unserer preußischen Ostprovinzen? Diese Ostprovinzen gehören wohl schon durch Jahrhunderte zur Krone Preußens, aber nicht immer zum alten Deutschen Reiche und zum späteren Deutschen Bunde. Heute sind sie überwiegend von Deutschen besiedelt; aber trotz der berüchtigten Sprachenzwangs- und Enteignungspolitik, trotz der scharfen Germanisierungspolitik sind die Polen im Lande Polen geblieben: Ein geschichtliches Schulbeispiel dafür — und nicht das einzige! —, daß Nationen in unserem Zeitalter nicht mehr aufgesogen werden können. Wir Oesterreicher sind für die ganze Welt einwandfreie Zeugen für die praktische Unmöglichkeit solcher Versuche: die Politik des Unmöglichen ist keine mögliche Politik

mehr, und schon im Frieden hat sich die große Mehrheit der deutschen Nation von dieser Unmöglichkeit überzeugt und dem herrschenden Polenkurs widerstrebt. Auch ohne Krieg wäre eine freundschaftliche Auseinandersetzung der Nation mit den Polen unerläßlich geworden, und der deutsche Reichstag ist darin wiederholt in Widerspruch geraten zum preußischen Landtag. Wie denn überhaupt das eingefleischte Preußentum schon seit langem der Notwendigkeit, vorbehaltlos in der Nation aufzugehen, widerstrebt. Die Nation als Ganzes kann sich ohne Gefährdung ihrer Interessen mit den Polen auf Reichsboden auseinandersetzen; aber jener provinzielle Teil der Nation, der in dem Gutsbesitz inmitten polnischer Bauern wurzelt, nur schwer.

Der Minister des Innern, der Herr v. Loebell, hatte gegen den Ansturm derer, die sich die Königstreuen nennen, einen schweren Stand. Darüber, meinte er, sei kein Wort zu verlieren, daß dem preußischen Staat jeder Fußbreit des Bodens seiner östlichen Grenzmarken heilig und unveräußerlich ist. Aber Deutsche und Polen seien sich im Kriege näher getreten und also handelt es sich nach dem Kriege darum, die Gesetzgebung und Verwaltungspraxis im Osten nachzuprüfen: Die künftigen Entschlüsse der Regierung würden von Wohlwollen für die polnische Bevölkerung getragen werden. Bei dieser Nachprüfung wird wohl die ganze Nation mitzureden haben und sie wird, so hoffen wir, dahinter kommen, daß die nationale Selbstverwaltung von Minderheiten den staatlichen Zusammenhang eher erhöht als vermindert.

Der Pole Styczyński sprach in der Debatte am Montag ein nachdenkliches Wort: Es entscheidet sich für eine lange Zukunft nicht nur das Schicksal der polnischen Nation, sondern auch das Verhältnis des polnischen Volkes zum deutschen Volke. Man muß die sonstigen Ausführungen dieses Redners nicht gerade durchaus für glücklich halten und kann doch bekennen: Dieses Wort ist wahr! Die deutsche Nation kann in Europa und in der Welt nicht isoliert, gleichsam nachbarlos und freundlos leben — jede Nachbarschaft aber fordert Rücksicht, jede Freundschaft den Austausch von Opfern. Viel kommt darauf an, daß die Deutschen im Reiche beides endlich begreifen, sowohl daß man Freunde braucht, wie daß Freunde miteinander rechnen und ein-

ander dienen müssen. Und da gerade zur Stunde für eine lange Zukunft die Grundlagen gelegt werden, so tut not, daß ohne Rücksicht auf einzelstaatliche und provinzielle Interessen- und Machtkreise die deutsche Nation als Ganzes ein verständiges Verhältnis zu der polnischen Nation, im europäischen Begriff des Wortes, gewinne. Sie hat es ehedem besessen und kann es wieder finden. Freilich kann niemand erwarten, daß über Nacht ganze Nationen umlernen, und besser ist die zögernde, zurückhaltende Annäherung auf beiden Seiten, die an Aufrichtigkeit glauben läßt als eine in schön klingenden Worten gemachte Stimmung, die der erste geschichtliche Windhauch verweht. Man muß einen neuen Nachbarn gewöhnen und auch der selbstbewußteste Deutsche wird lernen, daß man mit Nachbarn rechnen muß und Freundschaft ein zweiseitiges Verhältnis ist.

\* \* \*

**Aus einem Artikel der  
„Frankfurter Zeitung“:**

Die reichsdeutsche Presse, soweit sie nicht den drei auf dem Landtagsantrage unterschriebenen Parteien der Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen nahesteht, ist einmütig in ihrem Urteile, daß diese Polen-debatte zum mindesten überflüssig war. So stark hat die vollzogene Tatsache der Wiedererrichtung Polens gewirkt, so sehr wird damit realpolitisch gerechnet, daß manche den drei genannten Parteien fernstehende Blätter, die aber sonst den Polen wenig geneigt sind und bis zum Unabhängigkeits-Manifest gegen diese Art der Lösung heftig ankämpften, in jenes Urteil mit einstimmen. Andererseits wieder haben auch Blätter der drei Parteien mit ihrer Stellungnahme bei Bekanntgabe des Zwei-Kaiser-Manifestes sich auf den Boden der realen Politik gestellt, und wenn sie die Notwendigkeit der letzten Polendebatte zu begründen suchen, so tun sie es, um zu beweisen, daß eben die Realpolitik die andauernde Trennung der inneren preußischen Politik von der äußeren des Deutschen Reiches erfordere. Es handelt sich also um eine Frage der

Zweckmäßigkeit; und es ist jenes Stadium des ganzen Problems eingetreten, das wir in dem oben schon erwähnten Aufsatz „Offene Worte an die Berliner „Post“ vom 1. Juli d. J. vorhergesehen haben. Daß die Zusammenhänge äußerer und innerer Politik die von den drei Parteien beliebte Scheidung auf die Dauer als ein „Sitzen auf zwei Stühlen“ unmöglich machen, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Wir glauben nicht fehlzugreifen, wenn wir die Mittellinie der Meinungen in Deutschland auf das richtigste ausgesteckt erblicken in einem Leitartikel, den die „Frankfurter Zeitung“ am 21. November veröffentlichte. Es seien aus diesem Artikel der erste und der letzte Absatz hier angeführt. Diese lauten:

„Die Beratung des Polen-antrages im preußischen Abgeordnetenhaus hat bestätigt, was jeder politisch Einsichtige von vornherein wissen mußte, daß die Einbringung dieses von den konservativen und nationalliberalen Parteien gestellten Antrages überflüssig und schädlich war, überflüssig, weil die darin verlangte Wahrung des deutschen Charakters der Ostmarken eine Selbstverständlichkeit ist, schädlich, weil die neue Hervorzerrung von Gegensätzen nur störend und schwächend auf die Lösung der Polenfrage wirken kann. Die Bedeutung der Annahme dieses Antrages darf allerdings nicht zu hoch eingeschätzt werden; denn nicht nur, daß sogar in dem von den Konservativen beherrschten Abgeordnetenhaus die Mehrheit von 180 gegen 104 als keine imponierende angesehen werden kann, im Reich würde diese Parteigruppierung eine kleine Minderheit der Antragsteller bedeuten, und auch in Preußen würde sich bei einem Wahlrecht, das der Wirklichkeit entspräche und nicht einer privilegierten Minderheit die Herrschaft im Staate sicherte, die jetzige Mehrheit in eine Minderheit verwandeln.

„Das staatsrechtliche Gebilde in den Ostmarken bleibt unangetastet, das ist deutlich genug ausgesprochen worden, und die preußischen Polen, die ja in diesem Kriege ihre vaterländische Pflicht im vollsten Maße erfüllt haben, werden sich damit ein für allemal abzufinden haben. Aber indem sie sich nach dieser Richtung mit weitergehenden Ansprüchen bescheiden, können sie verlangen, daß mit ihren staatsbürgerlichen Pflichten auch ihre staatsbürgerlichen Rechte in besseren Einklang gebracht werden. Die Lösung der polnischen Frage macht die Durchführung einer versöhnlichen Politik in dem Verhältnis zu den preußischen Polen zu einer Notwendigkeit. Auch diejenigen, welche jetzt für die strikte Fortführung der Ostmarkenpolitik eintreten, haben früher anerkannt, daß man sich zu einem Entgegenkommen entschließen müsse. Sogar der Führer der Konservativen, Herr v. Heydebrand, hat noch am 9. März 1915 im Abgeordnetenhaus ausgesprochen, daß Gründe vorliegen, die es rechtfertigen, nach dem Kriege in eine Prüfung einzutreten, ob alle die Voraussetzungen, die uns bei der Polengesetzgebung geleitet haben, noch vollkommen vorhanden sind und aufrecht erhalten werden können, und er sagte eine wohlwollende, den polnischen Wünschen entgegenkommende Prüfung zu. Diese damals anerkannten Gründe sind

inzwischen sehr viel stärker und zwingender geworden, und gerade die Rücksicht auf die Erhaltung des Deutschtums sollte erst recht dazu führen, die bisherige Ostmarkenpolitik, die den erwarteten politischen Nutzen doch nicht gehabt hat, durch eine Politik des Vertrauens und der Versöhnung zu ersetzen, auf der sich ein friedliches und gedeihliches Miteinanderleben aufbauen wird.“

### Die Debatte.

Der Verlauf der Debatte im preußischen Abgeordnetenhaus in der Sitzung vom 20. November ist aus den Berichten der Tagesblätter zur Genüge bekannt. In seiner Begründung des Antrages beschränkte sich Abgeordneter von Heydebrand auf eine kurze Paraphrase. Es folgte hierauf die

#### Erklärung des Ministers des Innern.

Herr v. Loebell sagte:

„Ich setze voraus, daß der vorliegende Antrag und seine soeben gehörte Begründung durch Herrn Abgeordneten v. Heydebrand dahin zu verstehen sind, daß auch die Gesamtheit dieses hohen Hauses sich auf den Boden der Tatsachen stellt, die durch das Manifest der beiden Monarchen der verbündeten Kaiserreiche geschaffen sind. Die preußische Staatsregierung trägt ihren Anteil an der Verantwortung für diesen Schritt von weltgeschichtlicher Bedeutung in der zuversichtlichen Hoffnung, daß er in Gegenwart und Zukunft dem Deutschen Reiche zum Nutzen gereichen wird. In dem neuerstehenden polnischen Staat erhalten die Polen aus den Händen der siegreichen Zentralmächte neues, selbständiges nationales Leben, das sie seit mehr als einem Jahrhundert ersehnt und erstrebt haben. Indem der neue polnische Staat fest vereinigt wird mit Deutschland und auch mit Oesterreich-Ungarn, wird, so hoffen wir, auch des Deutschen Reiches Grenze nach Osten verstärkt und gesichert werden. Deutsche und polnische Lebensinteressen haben sich in diesem Weltkrieg gefunden, sie sind durch das Novembermanifest verbunden und sollen auch in Zukunft untrennbar bleiben. (Beifall.) Diese geschichtliche Tatsache ist bestätigt durch das Blut, das die polnischen Legionäre an der Seite der heldenmütigen deutschen und österreichisch-ungarischen Heere vergossen haben. (Bravo!) Sie wird bekräftigt werden, wenn neue polnische freiwillige Bataillone an der Seite der Wiederhersteller ihrer staatlichen Einheit, an der Seite ihrer Befreier ererbte polnische Tapferkeit einsetzen zur Verteidigung der Zukunft Polens gegen den noch immer vom Osten herandrängenden Gegner. (Beifall.) Die Bedeutung der Ereignisse im Zusammenhang mit den politischen Problemen des Weltkrieges und mit der europäischen Gesamtpolitik hat der Reichskanzler in vertraulichen Besprechungen des Reichstagsausschusses eingehend dargelegt. Aus naheliegenden Gründen ist es geboten — und das Haus ist wohl auch damit einverstanden —, weitere ins einzelne gehende

allgemeinpolitische Darlegungen jetzt zu vermeiden. Einig weiß ich mich mit Ihnen allen, wenn ich anerkenne und betone, daß die Gestaltung der Verhältnisse im Osten die besonderen geschichtlichen Aufgaben des preußischen Staates auf das innigste berührt.

In den Beratungen des Staatsministeriums war für die Erörterung der preußischen Staatsinteressen genügend Raum gegeben. Das war selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich aber ist es, daß das preußische Staatsministerium bei allen Erörterungen und Entschlüssen es als seine besondere pflichtgemäße Aufgabe ansieht, unter allen Umständen die preußischen Staatsinteressen wahrzunehmen und allen nur möglichen Rückwirkungen auf die preußische Monarchie und unsere Interessen im Osten besondere Aufmerksamkeit zu widmen, und zwar nicht zur Zeit, sondern auch in Zukunft und vor allem vor Gestaltung endgültiger Verhältnisse. (Beifall rechts.) Darüber ist kein Wort zu verlieren, daß dem preußischen Staat jeder Fußbreit Boden seiner östlichen, in jahrzehntelanger schwerer und fruchtbarer Verwaltungsarbeit gewonnenen Ostgrenzen heilig und unveräußerlich ist. (Lebhafter Beifall.) Anders kann kein Preuße denken. Seinen nationalen Aufgaben im Osten wird der preußische Staat treu bleiben. (Erneuter Beifall.) Er erfüllt damit eine Aufgabe für das ganze deutsche Volk. Die Regierung erwartet zuversichtlich, daß in Zukunft die preußischen Staatsangehörigen polnischer Abstammung ihr diese Aufgabe erleichtern werden, indem sie fester und immer fester sich einleben und einfügen in die Pflichten des preußischen Staatsbürgers und, wie mit der Waffe in der Hand, so in der zukünftigen Friedenszeit dem deutschen Volke unvergängliche Treue erweisen, dem deutschen Volk, dessen Opfer und Siege dem polnischen Volk das Recht erstritten haben, im eigenen nationalen Staat jenseits der preußischen Grenze freie polnische Staatsbürger zu sein und zu bleiben. (Lebhafter Beifall.)

Deutsche und Polen sind sich in diesem Krieg näher gekommen. Sie werden sich noch nähertreten durch die Aufrichtung des polnischen Staates jenseits unserer Grenze. Diese Wahrheit wird auch mit Sprechen wenn nach dem Krieg Gesetzgebung und Verwaltungspraxis geprüft werden, soweit sie die preußischen Staatsangehörigen polnischer Nationalität betreffen. Die künftigen Entschlüsse der Regierung werden von Wohlwollen für die polnische Bevölkerung getragen sein. (Beifall.) Mit dieser Versicherung, der voll zu vertrauen die Polen allen Anlaß haben, muß es sein Genügen haben, so lange uns normale friedliche Verhältnisse nicht die Möglichkeit geben, diese schwierigen Aufgaben in Gesetzgebung und Verwaltung zu lösen, ihnen mit der Sorgfalt und Gründlichkeit näherzutreten, die notwendig sind, wenn es, der preußischen Übung folgend, sich darum handelt, über die politischen Tagesbedürfnisse hinaus Aufgaben der Zukunft zu lösen.

Ich verweise auf die Erklärungen, die ich im Februar 1915 im Haushaltsausschuß und im Jänner 1916 in diesem Hause abgegeben habe. Bei diesen Erklärungen bleibt es inhaltlich, vollinhaltlich. Ueber sie hinaus etwa ein Programm zukünftiger preußi-

scher Ostmarkenpolitik hier zu entwickeln, muß ich mir in diesem Zeitpunkt und in diesem Augenblick versagen. Aber eines drängt es mich, gerade im Anschluß an das, was Herr v. Heydebrand gesagt hat, aus tiefster, innerster Ueberzeugung heraus zu bekennen, und ich danke den Antragsteller, daß sie mir dazu Gelegenheit geben: Die übernommenen, bisher erfüllten deutschen Aufgaben Preußens im Osten werden in naher und ferner Zukunft bestehen bleiben. Der Schutz und die Erhaltung des Deutschtums, deutschen Lebens und Wesens in den Gegenden, wo Deutsche und Polen zusammenleben, wird die Aufgabe des preußischen Staates bleiben, die er zu erfüllen hat für das deutsche Volk, für deutsche Kultur, für deutschen Geist. (Beifall.) Das deutsche Kulturwerk, das in der Arbeit eines Jahrhunderts im Osten geschaffen hat, ist ein deutsches Gut von unvergleichlichem Wert. Wir werden es pflegen und fördern, damit es dauern kann. (Lebhafter Beifall.)

Nach dem Minister sprachen die Abgeordneten Dr. Pachnicke (Fortschrittliche Volkspartei) gegen, und Abgeordneter Freiherr von Zedlitz (Freikonservativ) für den Antrag. Es folgte sodann die

#### Erklärung der Polen.

Abgeordneter Styczyński sagte:

Namens meiner politischen Freunde habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Wir sind uns der geschichtlichen Bedeutung der Zeit voll bewußt und empfinden die Last der Verantwortung in vollem Umfange. Es entscheiden sich für eine lange Zukunft nicht nur die Schicksale der polnischen Nation, sondern auch das Verhältnis des polnischen Volkes zum deutschen Volke. Wir hätten gewünscht, dieses Bewußtsein und dieses Verantwortungsgefühl auf allen Seiten zu finden. (Sehr gut! bei den Polen.) Es wäre dann zum Beispiel ein Antrag, wie der gegenwärtige, nicht eingebracht worden. (Sehr richtig! bei den Polen.) Wir lehnen jedenfalls die Verantwortung für die Folgen der Erörterung des Antrages ab. (Sehr gut! bei den Polen.)

Trotz der mehr als hundertjährigen Trennung in staatlich verschiedene Bestandteile hat das polnische Volk das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit niemals verloren und einen harten Kampf um die nationale Einheit geführt. Die fortgesetzte Verletzung des Rechtes der Bevölkerung auf nationale Einigung war nach unserer Ueberzeugung eine der Grundursachen des jetzigen Weltkrieges. Wir geben uns aber der Hoffnung hin, daß das viele Blut in diesem Kriege nicht umsonst geflossen sein wird, wenn die Nationen Europas sich allseitig zu der Ueberzeugung durchringen werden, daß die Freiheit anderer Völker den Lebensinteressen des eigenen Volkes nicht widerspricht. Die Anerkennung der nationalen Bedeutung der polnischen Frage ist ein Schritt vorwärts auf dem Wege zu ihrer endgültigen Lösung, deren Notwendigkeit jetzt zum allgemeinen Bewußtsein gelangt ist. Diese Notwendigkeit ist nicht nur durch das Gebot der Gerechtigkeit gegenüber dem polnischen Volk, sondern

auch durch das internationale Interesse an allgemeinen Friedensverhandlungen bedingt. Das Manifest Seiner Majestät des Deutschen Kaisers, Seiner Majestät des Kaisers von Oesterreich erfüllt uns mit Genugtuung, weil es aus dem Bewußtsein dieser Notwendigkeit entstanden ist und das Recht des polnischen Volkes auf Gründung eines selbständigen Staates im Prinzip anerkennt. Indessen sind die vielfach geäußerten Bedenken und Befürchtungen, daß noch ein Teil des polnischen Volkes im Besitz der Zugehörigkeit zu anderen Staaten bleibt, und daß bei diesem Teil die Freiheit nur eine nominelle sein würde, durch den vorliegenden Antrag vollauf bestätigt worden. (Hört, hört!) Nach dem Willen dieser Antragsteller, die die Mehrheit dieses Hauses bilden, sollen dem in Bildung befindlichen Staat als Staat solche Fesseln auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet auferlegt werden, daß seine Freiheit und Selbständigkeit nur noch eine scheinbare sein würde. (Hört, hört! Sehr richtig! bei den Polen.) Im übrigen beweist der weitere Inhalt des Antrages, daß die Antragsteller eine Verständigung zwischen dem deutschen und polnischen Volk direkt ablehnen. (Sehr wahr! bei den Polen.) Wenn die Antragsteller von „polnisch sprechenden Preußen“ statt von polnischen Preußen reden, so sprechen sie uns die Nationalität ab. Das muß von uns in der gegenwärtigen Zeit als eine Provokation aufgefaßt werden. (Unruhe.) Wenn die Antragsteller vor heute keine Regelung der innerpolitischen Verhältnisse in der deutschen Ostmark für möglich erklären, die geeignet wäre, den deutschen Charakter der östlichen Provinzen Preußens irgendwie zu gefährden, so hat uns die Erfahrung der letzten Jahrzehnte bis zum Uebermaß gelehrt, was das bedeutet. Mit der Notwendigkeit, den angeblich deutschen Charakter unserer Heimat zu wahren, wurde die Verbannung der polnischen Sprache aus Amt, Schule und im öffentlichen Leben begründet, wurden mehr als eine Milliarde Mark aus gemeinsamen Staatsmitteln zur dauernden Verdrängung der Polen verwendet. Um den angeblich deutschen Charakter der Ostmark zu wahren, hat man die Polen verhindert, sich auf eigener Scholle anzusiedeln. Angesichts dieser Tatsache legen wir gegen den Antrag feierlichen Protest ein. Im übrigen beantragen wir namentliche Abstimmung über den Antrag. Wir bitten, unseren Antrag zu unterstützen. (Beifall bei den Polen.)

Abgeordneter Dr. Friedberg (National-liberal) spricht für den Antrag, Abgeordneter Herold (Zentrum) dagegen. Abgeordneter Ströbel (Sozialdemokrat) tritt für eine Verständigung mit Rußland ein und macht heftigste Ausfälle gegen den Militarismus, die den Minister v. Loebell zu einer kurzen, scharfen Abwehr veranlassen.

Es folgte die namentliche Abstimmung. Zentrum, Fortschrittliche Volkspartei, Polen, Sozialdemokraten und Dänen stimmen gegen den Antrag, der mit 180 gegen 104 Stimmen (bei drei Stimmenthaltungen) angenommen wird.

## Das polnische Heer und die Legionen.

### Spende Kaiser Franz Josefs für die Legionen.

Der Krakauer „Czas“ meldet: Das Präsidium des Obersten National-Komitees erhielt die Verständigung, daß der verstorbene Kaiser den Regimentern der polnischen Legionen Fahnen gespendet hat, welche ihnen bei der Einverleibung in die polnische Armee überreicht werden.

### Oberst Graf Szeptycki Kommandant der Legionen.

Auf Anordnung des österreichisch-ungarischen Armee-Oberkommandos übernahm Oberst Stanisław Graf Szeptycki das Kommando über die polnischen Legionen.

Am 14. November hat Stanisław Graf Szeptycki folgenden Befehl an die polnischen Legionen erlassen:

„Auf Befehl des österreichisch-ungarischen Armee-Oberkommandos übernehme ich das Kommando der polnischen Legionen.“

Der neue Kommandant der Legionen, Graf Stanisław Szeptycki, wurde im Jahre 1867 in Przyłbice in Galizien geboren und bezog nach Absolvierung des St.-Anna-Gymnasiums in Krakau in Fortsetzung der militärischen Familientradition die militärtechnische Akademie in Wien, die er im Jahre 1888 im Rang eines Artillerieleutnants verließ. In den folgenden Jahren seiner militärischen Karriere sehen wir ihn bei der Artilleriedivision in Jarosław, sodann in der Stellung eines Lehrers am höheren Reitlehrinstitut in Wien, dann in der Kriegsschule, die er als einer der ersten Zöglinge beendigte, beim Generalstab der Infanteriedivision in Kaschau, als Batteriekommandanten in Großwardein, schließlich im Jahre 1899 schon im Rang eines Generalstabs-hauptmannes beim Kommando der 12. Infanteriedivision in Krakau. Als der russisch-japanische Krieg ausbrach, begab sich Graf Szeptycki im Auftrag des k. u. k. Generalstabes als Militärattaché in die Mandchurei, woselbst er 20 Monate hindurch bei den einzelnen russischen Generalstäben verweilte, die beiden miteinander ringenden Staatssysteme aufmerksam beobachtend. Die Kriegserfahrungen der russisch-japanischen Kampagne benützte Graf Szeptycki nicht bloß zur amtlichen Berichterstattung, sondern auch zu einem Vortrag, den er im Offizierskasino in Wien in Anwesenheit hoher militärischer Würdenträger, mit dem Thronfolger an der Spitze, hielt. Dieser Vortrag, der die Zuhörer mit dem ganzen Apparat der russischen

Kriegswirtschaft auf das genaueste bekannt machte, hat nicht nur bei den Hörern einen großen Eindruck hervorgerufen, sondern auch die russische Regierung hat sich mit diesem Vortrag ernst beschäftigt. Zum Major ernannt, wurde Graf Szeptycki im Jahre 1906 Generalstabschef der Kavalleriedivision in Wien, im Jahre 1909 kehrte er als Oberstleutnant nach Krakau zum 1. Feldartillerieregiment zurück und zwei Jahre vor Ausbruch des Weltkrieges weilte er in Rom als Militärattaché.

In dem ersten Kriegsabschnitt war Graf Szeptycki dem Hauptquartier zugeteilt, hierauf wurde er Generalstabschef des 2. Armeekorps, sodann Kommandant der 30. Artilleriebrigade und seit Mitte Juli d. J. Kommandant der III. Brigade der polnischen Legionen. In dieser letzteren Stellung leitete Graf Szeptycki siegreich die offensive Defensivaktion bei Rudka Mirinska, von der die höheren deutschen Kommandanten einverständlich behaupten, daß sie über die Beibehaltung der Stochod-Linie entschied.

Für die russisch-japanische Kampagne erhielt Graf Szeptycki, dazumal noch Hauptmann, den russischen St. Stanislaus-Orden mit den Schwertern und den Eisernen Kronen-Orden 3. Klasse mit der Kriegsdekoration. Während des gegenwärtigen Krieges erhielt der nunmehrige Legionskommandant folgende Auszeichnungen: das Militärverdienstkreuz 3. Klasse, das Deutsche Eisene Kreuz 2. Klasse, den Leopoldsorden und zuletzt für die Kampagne in der Bukowina den Eisernen Kronen-Orden 2. Klasse.

Graf Szeptycki ist ein Bruder des griechisch-katholischen Metropoliten Szeptycki und Enkel des berühmten polnischen Lustspiel-dichters Alexander Grafen Fredro.

### Aufruf der „Polnischen militärischen Organisation“.

Am 11. November hat die „Polnische militärische Organisation“ im Königreiche Polen folgenden Aufruf erlassen:

Bürger! Polen! Endlich ist die Zeit gekommen, da unsere Ideen und Träume als gerechtfertigt anerkannt werden sollen und da wir die einzige, wesentliche Gewähr der uns verheißenen freien staatlichen Zukunft erwerben müssen: Wir müssen eine Armee schaffen.

Nicht von heute und nicht von gestern an rüsten wir uns zu dieser Tat. Schon viele Jahre vor dem Kriege tat es das polnische, die Freiheit anstrebende Land.

Durch den Willen und durch die Arbeit Józef Piłsudskis ist die polni-

sche militärische Bewegung wieder erstanden: Die polnischen Schützenorganisationen und die polnische militärische Organisation. Sein Werk ist die polnische bewaffnete Tat in diesem Kriege, die am 6. August 1914 geboren wurde und später in den Reihen der Legionen-Kaders ihren Abschluß fand.

Das Ziel, das er dieser Bewegung real gesteckt hat, ist die polnische, der polnischen Regierung unterstehende Armee.

Die Jugend, die wiederholt ihre Bereitwilligkeit erklärte, ist nunmehr in erster Reihe zur Verwirklichung berufen.

Es wartet Euer, Bürger, die Ehre, als polnische Soldaten einzutreten. Die Möglichkeit eines siegreichen Kampfes im Namen Polens, für dessen Existenz und dessen Macht. Die Mühe der Organisierung einer großen Nation würdigen Armee, einer Armee, die Polen einen gebührenden Platz unter den Nationen sichern wird.

Die Ehre und das Sein des Vaterlandes ruhen in unseren Händen. So müssen denn diese Hände mit der Waffe umzugehen, sie nach Kriegserfahrungen zu gebrauchen verstehen.

Kein Tag darf verloren werden. Bevor uns der Befehl unter die Waffen rufen wird, wird uns die Aufgabe zufallen, in kurzer Zeit Unteroffiziere und Offiziere auszubilden, die im Verein mit den Legionen die Kaders der Armee zu sein hätten.

Bürger! Ihr werdet mit Leichtigkeit den Weg zur Polnischen Militärischen Organisation finden. Während der ganzen Dauer des Krieges arbeitet sie an der Schaffung solcher Kaders für die polnische bewaffnete Macht. Sie beobachtet auf das genaueste denselben Weg, den Kommandant Piłsudski der polnischen bewaffneten Bewegung und der polnischen militärischen Schule gewiesen.

Wer da tauglich ist, Waffen zu tragen, wem die Losungsworte: Vaterland, Freiheit, Armee keine leeren Phrasen sind, er trete in die Polnische Militärische Organisation ein.

Niemand ist es gestattet, allein für sich vorzugehen. Man muß die Kräfte organisieren und vereinen, sich der Disziplin und der Autorität unterwerfen, dem durch die schaffende Tat und das Vertrauen der Nation hierzu Berechtigten. In die Reihen der einheitlichen, starken, disziplinierten Organisation! Für die sich ihrer

selbst bewußten Polen muß die allgemeine militärische Dienstpflicht schon gegenwärtig ein moralischer Befehl werden.

**Zu den Waffen! Das Vaterland ruft!**

#### Ein Kommentar der „Neuen Freien Presse“.

Die „Neue Freie Presse“ vom 18. November veröffentlicht zu den Mitteilungen über die Aufstellung des polnischen Heeres folgende Erläuterungen:

In der Proklamation, welche die Herrscher der beiden Mittelmächte an die Bevölkerung Polens richteten, wurde ihnen kundgetan, daß das neue Königreich eine eigene Armee erhalten werde. In den Veröffentlichungen der Generalgouvernements Lublin und Warschau wurde der männliche Teil der Bevölkerung aufgerufen, freiwillig in die neu zu schaffende polnische Armee einzutreten, um Seite an Seite mit den österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen den Sieg über die Unterdrücker Polens vollenden zu helfen. Der Aufruf wirkte, und so wird denn binnen kurzem nach Beendigung der Werbetätigkeit die national-polnische Armee erstanden.

Den Stamm für die polnische Armee werden die polnischen Legionen, das polnische Hilfskorps, abgeben, die seit August 1914 im Verbands der österreichisch-ungarischen Truppen kämpfen; als eine Armeegruppe in den ersten Kriegswochen längs der Weichsel gegen Iwangorod vorrückte, meldeten sich die ersten polnischen Freiwilligen; ihre Zahl nahm seither beträchtlich zu, besonders seit der Eroberung Kongreß-Polens, so daß unsere Heeresleitung an die Aufstellung mehrerer Brigaden schreiten konnte, die auch in einige höhere Verbände zusammengefaßt wurden. Hatte die Werbetätigkeit schon zu dieser Zeit schöne Erfolge, so ist anzunehmen, daß der Zustrom Freiwilliger nunmehr ein noch lebhafterer werden wird, da jeder Pole nun weiß, wofür er zu kämpfen hat und daß von der persönlichen Kriegsdienstleistung aller vaterländisch gesinnten Bürger des jüngsten Königreiches die endgültige Verwirklichung eines jahrhundertalten Traumes abhängt. Russische Blätter schätzen die Zahl der Wehrfähigen in Polen auf 300 000 bis 400 000 Mann.

Die polnischen Legionen sind gewissermaßen der Kader für die Neubildung der Armee, der Rahmen, der durch die freiwillig Einrückenden ausgefüllt werden soll. Sie liefern auch das Ausbildungs- und untere Führerpersonal. Die kampferprobten Offiziere und Unteroffiziere der Legion werden, unterstützt von österreichisch-ungarischen und deutschen Offizieren, aus dem einrückenden Freiwilligenmaterial tüchtige Sol-

daten formen. Die Zahl dieser Kadern wird sich nach der Zahl der freiwilligen Meldungen richten. Aus den Kadern werden sich hierauf, wieder im engen Anschluß an die Legion, und zwar an jene Formationen, die vor dem Feinde stehen, Kampfbataillone entwickeln, die nach und nach zu größeren Verbänden, Regimentern, Brigaden, Divisionen zusammengezogen werden, wobei ein Teil der Ausgebildeten wohl auch zur Ausfüllung schon bestehender Formationen, zu Ersatzzwecken verwertet werden dürfte. Unseren Offizieren stehen als Organisatoren der Legion reiche Erfahrungen zur Verfügung.

Die Befehlsverhältnisse sind derart gedacht, daß jedem polnischen Offizier der Weg zur Erreichung selbst höherer Kommandostellen offen steht. In der Legion sind, abgesehen von den Unterverbänden, den Kompagnien, Eskadronen und Batterien, schon jetzt einige Offiziere polnischer Nationalität als Bataillonskommandanten

und als Regimentskommandanten tätig. Die militärische Stufenleiter muß natürlich eingehalten werden. Die Errichtung zahlreicher neuer Stäbe wird wohl manche polnische Unterkommandanten rasch in die Höhe bringen, im großen wird es sich jedoch wohl um systematische Formung des Nachwuchses für die Stabsoffiziers- und höheren Posten handeln, was eine Reihe von Jahren erfordert. Einstweilen werden österreichisch-ungarische und deutsche Offiziere höheren Ranges diese Plätze ausfüllen. Der nationale Charakter des polnischen Heeres erleidet dadurch keinerlei Abbruch, ganz abgesehen davon, daß es im ureigensten Interesse der polnischen Nation liegt, mit Hilfe und mit der Unterstützung ausgewählten Führerpersonals der beiden Mittelmächte ein Heer auf die Beine zu bringen, das sich in seiner Organisation und nach dem Grade seiner kriegerischen Tätigkeit ihnen ebenbürtig an die Seite stellen kann.

## Aus dem Königreich Polen.

### Der Staatsrat.

Der Krakauer „Naprzód“ („Vorwärts“) meldet aus Warschau:

Generalgouverneur v. Beseler anerkannte die Berechtigung der Forderungen des Exekutivkomitees des Nationalrates. (Vergleiche „Polen“, Heft 100.) In deren Durchführung soll in nächster Zukunft der Staatsrat gebildet werden, welcher aus 20 Mitgliedern, acht aus dem österreichischen, zwölf aus dem deutschen Okkupationsgebiete, bestehen soll.

Bezüglich der Wahl der ersteren wurde noch keine Verfügung getroffen, die zwölf aus dem deutschen Okkupationsgebiete zu wählenden werden aus sieben Mitgliedern der nach Berlin und Wien entsendeten Abgeordneten gebildet sowie aus fünf anderen Personen, von denen eine der Generalgouverneur v. Beseler wählen wird.

Bezüglich ihrer Wahl dauern die Verhandlungen noch fort. Das Zentrale National-Komitee stellt die Kandidatur von Artur Sliwiński, Rechtsanwalt Śmiarowski und Dr. Jodko auf. Es heißt, daß Herr Władysław Studnicki in den Staatsrat eintreten soll.

### Erklärung der „Liga für Polnische Staatlichkeit“.

Die Warschauer „Liga für Polnische Staatlichkeit“ publiziert unter dem 13. November in den Warschauer Blättern folgende Erklärung:

„Angesichts der neuen Verordnung der Okkupationsbehörden, die den Charakter des Staatsrates und des Reichstages im Königreiche Polen umschreiben, erklären wir, was folgt:

„Die ‚Liga für Polnische Staatlichkeit‘ stellt fest, daß ihr der Inhalt und die Form der Verordnung der polnischen Gesellschaft unmöglich, machen, an derart gestalteten Institutionen teilzunehmen. Wir verstehen wohl die Schwierigkeiten, die mit der Organisierung der Behörden des polnischen Staates in der gegenwärtigen Uebergangszeit verknüpft sind. Wir sind indessen überzeugt, daß bei beiderseitigen, auf gutem Willen und allgemeinem gegenseitigen Verständnis beruhenden Bemühungen schon jetzt polnische Staatsorgane geschaffen werden können, die gleicherweise den militärischen und politischen Erfordernissen der Mittelmächte, als auch den berechtigten Bestrebungen der zu unabhängigerem Dasein berufenen polnischen Nation genüge tun können. Die vornehmste und beste Lösung der gegenwärtigen verwickelten staatschaffenden Probleme wäre die schleunigste Berufung eines Mitgliedes einer bei uns populären katholischen regierenden Dynastie zum Regenten Polens. Ein solcher Regent, als Symbol des polnischen Staates und als Quelle polnischer Staatsgewalt wird in unserer Gesellschaft allgemeines Vertrauen und Gehör finden. Keinerlei Halbmittel werden zum Ziele führen und werden nur auch fernerhin Mißverständnisse und allgemeine Verwirrung hervorrufen.“

### Aus Warschau.

Am 12. November fand im „Palais de glace“ in Warschau eine vom Zentralen National-Komitee einberufene politische Volksversammlung statt. Artur Sliwiński führte den Vorsitz. Die Versammlung war unter

den Schlagworten „Der polnische Reichstag und die polnische Armee“ einberufen. Diese Schlagworte bildeten auch das Hauptthema der Ansprachen. Namens des Nationalen Arbeiter-Verbandes betonte Herr Malaniewicz, daß nur eine vom Vertrauen der breiten Volksschichten getragene nationale Regierung mit dem polnischen Blut schalten könne. Es ist unmöglich, sich eine polnische Armee ohne nationale Regierung vorzustellen, gleichwie der Staat ohne Armee nicht bestehen könne. Herr Szpotański führte aus, die wichtigste Aufgabe im gegenwärtigen Augenblicke sei die Anforderung an alle nationalen Faktoren zur Inangriffnahme angestrengtester Arbeit am Wiederaufbau einer unabhängigen staatlichen Existenz. Das Volk wird es schon verstehen, daß nur ein unabhängiger Staat ihm seine Zukunft sichern wird. Soll die polnische Nation etwas bedeuten, dann muß der Staatsbau von den Fundamenten aus beginnen. Es muß der Reichstag und die nationale Regierung berufen werden, damit sämtliche Schichten an dem Wiederaufbau des polnischen Staates schreiten können. Es sprachen noch im selben Geiste die Herren Kempner, Kępski und andere. Der Vorsitzende Śliwiński schloß die Versammlung mit den Rufen: „Es lebe das polnische Volk! Es lebe der polnische Reichstag! Es lebe die polnische Armee!“ und „Es lebe Piłsudski!“

Im Theater in Praga fand am selben Tage eine von der „Polnischen Sozialistischen Partei“ einberufene Versammlung statt behufs Aussprache in Sachen der künftigen polnischen Armee. Eine Anzahl von Rednern sprach sich für die Errichtung einer polnischen Armee nur in dem Falle aus, daß eine polnische Regierung und der Reichstag einberufen und allgemeines gleiches Stimmrecht eingeführt wird. Ein Teil der Reden wurde auf dem Platze vor dem Theater gehalten. Die Versammlung begann um 10 Uhr vormittags und schloß nach 1 Uhr mittags.

\*

#### Ein Straßenumzug.

Nach einer von einer Gruppe der Universitätsjugend und anderer höherer Lehranstalten am 12. November abgehaltenen Versammlung in Warschau ordneten sich vieltausendköpfige Massen zu einem Manifestationszuge. Außer den nationalen Fahnen wurden zahlreiche Tafeln mit den Inschriften: „Es lebe der polnische Reichstag!“ „Es lebe die polnische Armee!“ „Es lebe Piłsudski!“ im Zuge getragen. Während des Umzuges wurden nationale Lieder gesungen und verschiedene Rufe erhoben. Vor dem Mickiewicz-Denkmal hielten zahlreiche Redner Ansprachen, die sie mit den Rufen auf die polnische Armee und die nationale Regierung schlossen.

#### Ein Sonntag in Warschau.

Ueber den 12. November — den ersten Sonntag nach der Verkündung des Zwei-Kaiser-Manifestes über die Unabhängigkeit des Königreiches Polen — berichtet unter der Ueberschrift „Ein Sonntag in Warschau“ der „Berliner Lokal-Anzeiger“ vom 14. d. M. wie folgt:

Am letzten Sonntag, dem ersten nach der Proklamation des zukünftigen Königreiches, fanden in den Sälen der Stadt Warschau große Volksversammlungen statt, die vom Zentralen National-Komitee (C. K. N.) und von der Polnischen Sozialistischen Partei (P. P. S.) einberufen waren. Die Säle waren überfüllt, Tausende von Menschen standen bis auf die Straße, und zahlreiche Redner forderten in ihren Reden das Volk zum Kampf gegen Rußland auf, indem sie gleichzeitig dem Wunsch Polens nach einer nationalen Regierung Ausdruck verliehen. Alle Reden wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Nach den Versammlungen fand, wie die „Warschauer Zeitung“ berichtet, ein Umzug einer gewaltigen Menschenmenge statt. Um 4 Uhr versammelten sich auf der Allee des 3. Mai die akademische Jugend und junge Männer anderer Klassen, unter denen aber auch ältere Leute sowie zahlreiche Frauen und Mädchen zu sehen waren. Glühende Ansprachen, in denen die Jugend Polens immer und immer wieder zum Eintritt in die Legion und zum Kampf gegen den russischen Feind aufgefordert wurde, wechselten mit brausenden Beifallsrufen der unabsehbaren, nach Zehntausenden zählenden Masse. Langsam setzte sich der Zug in Bewegung, trotz des feuchten Nebelwetters, das später in Regen überging, immer mehr anschwellend. Unter endlosen Rufen auf das freie Polen, auf die Legionen, auf deren Führer Piłsudski, unter dem Gesange: „Noch ist Polen nicht verloren“ und anderer polnischer Kriegslieder wälzte sich die Masse durch die Jerozolimska, Marszałkowska, Nowy Świat, über den Sachsenplatz zum Mickiewicz-Denkmal. Die jungen Männer hatten sich unter den Arm gefaßt und marschiereten in straffem, militärischem Gleichtritt, in wohl- ausgerichteten Reihen daher, ein Bild, das auf den deutschen Beschauer nicht ohne Eindruck blieb, zeigte es doch, welch militärischer Geist in diesem Volke steckt. Ueber der sich durch die Straßen schiebenden Masse schwebten polnische Fahnen, ein polnischer weißer Adler und Tafeln mit Aufschriften: „Es lebe die Nationalregierung!“ „Auf zum Kampf gegen Rußland!“ ferner ein Bild Piłsudskis mit den Worten: „Es lebe

Piłsudski!“ Vor dem Mickiewicz-Denkmal auf der Krakauer Vorstadt staut sich Kopf an Kopf eine unabsehbare Masse, so daß lange Zeit der gesamte Verkehr unterbrochen war und endlose Reihen von Straßenbahnwagen auf Durchfahrt warten mußten. Entblößten Hauptes sang die Menge nationale Lieder. Reden über Reden folgten, die alle eine polnische Regierung und ein polnisches Heer verlangten, alle Redner von immer erneutem Jubel begrüßt. Begeisterung und freudige Erregung sprachen aus diesen spontanen Kundgebungen, die voller Temperament und Rhythmus den Optimismus eines Volkes zeigten, das an der Gestaltung seines Geschickes selbsttätig mitwirken will. Nur langsam zerstreute sich die Menge. Alle Veranstaltungen verliefen in vollster Ordnung.

\*

#### Bürgerversammlung in Piotrków.

Am Mittwoch den 15. November fand in Piotrków ein Bürgertag statt, der von der „Liga für polnische Staatlichkeit“ in der Landschaft von Piotrków einberufen wurde. Es erschienen die hervorragendsten Vertreter der Intelligenz des Ortes, der Geistlichkeit und des Großgrundbesitzes des Kreises. Es waren auch Gäste aus Lublin, Dąbrowa, Chełm, Jędrzejów, Olkusz, Biłgoraj usw. anwesend.

Nach Eröffnung der Versammlung durch den Richter Sokołowski aus Gościnnia und nach Wahl eines Präsidiums hielt Dr. Gustav Doborzyński als Erster einen Vortrag über die politische Bedeutung des Aktes vom 5. November. Er hob die Bedeutung des Staates für die Nation hervor und wies die Schäden auf, die Polen von Rußland auf national-kulturellem wie auf wirtschaftlichem Gebiete erlitt. Zum Schlusse seiner Ausführungen stellte der Vortragende den Versammelten die Notwendigkeit dar, daß der Akt vom 5. November in den möglichst weitesten Grenzen ausgenützt und der Polnische Staat auf einer solchen Grundlage errichtet werde.

Redakteur Zagórski sprach sodann über die Probleme der polnischen Politik im gegenwärtigen Augenblicke. Ihm folgte der Stellvertreter des Chefs der Militärsektion Ing. Stanisław Downarowicz, der in einer schönen Rede die Bedeutung der Legionen hervorhob. Schließlich informierte Redakteur L. Abramowicz aus Warschau die Versammelten über die Situation und die Tätigkeit der „Liga für Polnische Staatlichkeit“ auf dem Gebiete der laufenden Politik.

Es entspann sich hierüber eine kurze Debatte, worauf Dr. Stanisław Kot in einer ausführlichen Ansprache darauf hinwies, daß mit dem Tage der Proklamierung des Polnischen Staates sämtliche frü-

heren Streitigkeiten über politische Orientierung ihr Ende fanden.

Es wurden schließlich die Angelegenheiten des Nationalrates, des Staatsrates und des Regenten erörtert und zum Schlusse durch Akklamation folgende Resolution beschlossen:

„Die am 15. November in der Bürgerversammlung in Piotrków Versammelten beschließen, was folgt:

Den Akt vom 5. November 1916, der den unabhängigen Polnischen Staat proklamiert, anerkennen wir als Grundlage zur Entwicklung intensivster Tätigkeit zum Zwecke der Schaffung sämtlicher unumgänglich notwendigen Staatsorgane sowie der Mobilisierung einer selbständigen polnischen, sich auf die Kadern der bestehenden Legionen stützenden, bewaffneten Macht.

Wir fordern die schleunigste Berufung eines Regenten Polens aus einer bei uns populären katholischen, regierenden Dynastie, der den errichteten nationalen Behörden seine Sanktion zu erteilen hätte.“

\*

#### Arbeitermanifestation für den polnischen Staat.

In der am 7. November 1916 in Sosnowiec stattgehabten Arbeiterversammlung wurde folgende Resolution durch Akklamation beschlossen:

„Die in der Tagung am 7. November 1916 versammelten Arbeiter der Grube „Czeladź“ (Die Belegschaft) begrüßen angesichts der Proklamierung der Unabhängigkeit Polens diesen Garantieakt der Regierungen der Mittelmächte als Gewähr der Dauerhaftigkeit der Errichtung des unabhängigen Staates, die der Ausdruck der geschichtlichen Gerechtigkeit für die wesentlichsten Bestrebungen und Aspirationen der polnischen Nation und insbesondere für die polnischen arbeitenden Schichten ist. Der Wiederaufbau des mit sämtlichen Mitteln des Lebens und der Macht ausgestatteten polnischen Staates, der Wiederaufbau eines auf starke Exekutivgewalt mit dem König an der Spitze und auf gesetzgeberische Gewalt, den polnischen Reichstag, sich stützenden Staates, wird zu einer der gewichtigsten Aufgaben des Augenblickes.

Die Versammlung hegt die unverbrüchliche Ueberzeugung, daß die Interessen der Arbeiter im unabhängigen polnischen Staate gebührende Berücksichtigung finden werden. Von der künftigen National-Regierung werden wir verlangen: Die Proklamierung des polnischen Königs, die Einberufung des auf dem Prinzip eines demokratischen Wahlgesetzes beruhenden Reichstages, sowie die Errichtung einer polnischen Armee, deren Aufgabe die Verteidigung Polens vor dem östlichen Eindringling noch im Verlaufe des gegenwärtigen Krieges ist.“

### Komitee der juristischen Vereine.

Um die zahlreichen gegenwärtig entstehenden, von verschiedenen Organisationen des Landes bearbeiteten Gesetzentwürfe zu vereinheitlichen, hat sich in Warschau ein „Komitee der juristischen Vereine für legislative Arbeiten“ gebildet. Diesem gehören an: Die Anreger Jan Jakób Lita uer, Professor Ignacy Lyskowski, Dr. Alexander Mogilnicki, Bolesław Rotwand und Józef Swiatopełk Zawadzki, sowie die Vertreter des „Juristenvereines“: Waclaw Makowski und Feliks Ochimowski; der „Gruppe polnischer Juristen“ Dr. Emil Rappaport und Leon Supiński und des Barreau Józef Hiegersberger und Bronislaw Sobolewski.

Zur Ausführung der beabsichtigten Aufgaben hat sich das Komitee an die Landesinstitutionen und Vereine, die Verbände und kompetente Persönlichkeiten mit dem Ersuchen gewendet, ihm die bereits vorbereiteten legislativen Arbeiten abschriftlich zu übersenden, das Komitee von beabsichtigten oder in Angriff genommenen legislativen Arbeiten zu verständigen und in besonderen Fällen an den Arbeiten des Komitees mitzuwirken.

### Ergreifung eines russischen Agenten.

Unter den Bauern in Krasnostaw (Lubliner Landschaft) und Umgebung trieb sich lange Zeit ein russischer Offizier herum, der, wie es den Anschein hatte, an der Spitze einer Bande von russischen Agenten stand, deren Zweck es war, alarmierende Gerüchte zu verbreiten, der Bevölkerung Zweifel am endgültigen Sieg der Mittelmächte einzuflößen, usw. Der Emissär versprach den Bauern goldene Berge für den Fall der Rückkehr der Russen und eiferte sie an, im Falle des Rückzuges der verbündeten Armeen diese im Rücken anzufallen. Im geeigneten Augenblicke sollten unter die Bauern Waffen aus verborgenen Magazinen verteilt werden. Lange blieb diese Tätigkeit ungeahndet. Erst nach der Proklamierung des polnischen Staates setzten die Bauern das Werbebüro der polnischen Legionen hievon in Kenntnis. Unter Beistand der Dorfjugend organisierte dieses Büro einen Hinterhalt, in den der Agitator nach einigen Tagen hineinfiel. Er wurde gefesselt und von den Bauern in das Büro der polnischen Legionen abgeführt. Die Gendarmerie befaßt sich mit der Untersuchung, um die übrigen Agenten und deren Helfershelfer zu verhaften.

## Henryk Sienkiewicz †.

In Vevey am Genfer See fand am Mittwoch den 22. November, vormittags, die Beerdigungsfeier für Henryk Sienkiewicz in Anwesenheit einer zahlreichen Trauerversammlung statt. Eine aus Warschau entsandte polnische Abordnung war nicht rechtzeitig in Vevey eingetroffen. Alle polnischen Vereine der Schweiz hatten Abordnungen entsandt. Der Bundesrat hat an die Familie des Verstorbenen eine Beileidsdepesche gerichtet. Der Papst hat in einem Telegramm an den polnischen Hilfsausschuß in Vevey seine Teilnahme ausgedrückt. Unter den Teilnehmern an der Trauerfeier bemerkte man unter anderen die Vertreter der deutschen und der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft, Mitglieder des polnischen Hilfskomitees in Vevey und die Konsuln von Frankreich, England und Rußland.

Zahlreiche Kränze, darunter solche von der Hauptstadt Polens, Warschau, vom Zentral-Rettungskomitee in Lublin, von der schlesischen „Macierz Polska“, von den polnischen Legionen, der Stadt Vevey, den Gesandtschaften der beim Leichenbegängnis vertretenen Staaten wurden am Sarg niedergelegt.

Nach der Trauermesse hielt Rektor Pater Gralewski eine ergreifende Predigt. Der Trauermarsch Chopins und die nationale

Hymne „Boże, coś Polskę“ beschlossen die Trauerfeier. Die von Professor Laskowski einbalsamierten sterblichen Ueberreste des berühmten Schriftstellers werden, sobald es die Zustände erlauben, in die Heimat überführt werden.

Das General-Rettungskomitee hat die Bildung eines Sienkiewicz-Fonds für polnische Waisen initiiert. Diesem Fonds fließen bereits reichliche und zahlreiche Spenden zu.

Die österreichisch-ungarische Regierung beauftragte den k. u. k. Botschaftsrat Skrzyński, der Witwe Sienkiewicz' in Vevey das Beileid auszudrücken und sie zu verständigen, daß die österreichisch-ungarische Regierung für den Fall, als die Familie die sterblichen Ueberreste des großen Sohnes der polnischen Nation nach Krakau oder Warschau zu überführen gedächte, bereit ist, diese Ueberführung nach Möglichkeit zu erleichtern.

Unter dem Eindruck des Todes von Henryk Sienkiewicz fand am Freitag, den 17. November eine gemeinsame Sitzung von Vertretern des Warschauer Stadtrates, des Magistrates, von Mitgliedern des Ausschusses des Vereines polnischer Journalisten und Schriftsteller statt. Man faßte den Beschluß, ein provisorisches Komitee zu bilden, zur Feststellung der Art, wie das Andenken des großen Schriftstellers zu ehren

wäre. Am 18. d. M. fand die erste Komiteesitzung statt.

Am folgenden Tag fand eine Magistrats-sitzung statt, die Bürgermeister Drzewiecki mit einer Ansprache eröffnete, in der er das Andenken an Henryk Sienkiewicz betonte und die Bedeutung des Verlustes hervorhob, den die polnische Nation erlitten hat. Die Ehrung wurde im Beratungsprotokoll des Magistrates verzeichnet. Während der Sitzung wurde angeregt, eine der Straßen nach Henryk Sienkiewicz zu benennen.

Der Rat und der Magistrat der Stadt Warschau veranstalteten in der St. Johann-Kirche eine Trauerandacht. Anwesend waren unter anderen: Der Adlatus des Generalgouverneurs Graf Hutten-Czapski, Polizeipräsident Glasnapp, Botschaftsrat Mutius, der Adjutant des Generalgouverneurs Hauptmann Heinitz, Landrat Konrad. Als Repräsentanten der österreichisch-ungarischen Behörden erschienen Hofrat Dr. Rosner und Oberst Paič. Erzbischof Kakowski zelebrierte das pontifikale Requiem, worauf Prälat Dr. Nowakowski in feierlichen Worten die Verdienste des Verstorbenen und den durch seinen Tod erfolgten unersetzlichen Verlust der Nation hervorhob.

Die Kommissionen sämtlicher Gruppen des Krakauer Stadtrates versammelten sich am 20. November unter dem Vorsitz des Stadtpräfekten und beschlossen, das Andenken an Henryk Sienkiewicz auf folgende Weise zu ehren: Am Mittwoch, den 22. November, um 6 Uhr abends, als am Tag des Leichenbegängnisses, eine feierliche Sitzung des Stadtrates abzuhalten; dem Stadtrat den Antrag zu stellen, nach Einverständnis mit der Familie des Verstorbenen, der Repräsentanz des Königreiches Polen und dem Landesausschuß die sterblichen Ueberreste des Dichters im Grab verdienter Männer in der Krakauer Kirche „Na Skalce“ beizusetzen; die

Straße, in der Sienkiewicz in Krakau zu wohnen pflegte, Sienkiewicz-Gasse zu benennen und an dem Wohnhaus eine Gedenktafel anzubringen; die Errichtung eines Sienkiewicz-Denkmal in Krakau mit einer entsprechenden Beteiligung der Gemeinde an den Kosten in Angriff zu nehmen. Zunächst soll ein Preisausschreiben für das Denkmal unter den polnischen Künstlern erfolgen.

Am 20. November fand in der Marienkirche in Krakau eine vom „Krakauer bischöflichen Komitee“ (K. B. K.) veranstaltete Trauerandacht statt. Die Messe wurde vom Fürstbischof Sapiaha am Hauptaltar zelebriert. Hierauf hielt Erzbischof Teodorowicz die Trauerpredigt, in der er die Werke Sienkiewicz' und die sich aus ihnen ergebenden Fingerzeige in allgemeinen Umrissen erörterte und sich zum Schlusse an die Legionäre wandte, wobei er hervorhob, daß ihr Blutopfer der Nation Nutzen brachte und daß sie auch fernerhin, den Helden des Sienkiewicz gleich, im Dienste für Vaterland und Nation auszuharren die Pflicht haben.

Ergreifend waren in der Predigt die Einzelheiten über die letzten Augenblicke des großen Schriftstellers. Als er den Tod herannahen fühlte, berief er einen Priester zu sich und ersuchte ihn, daß er ihn für den letzten Weg versehe. Hierauf sprach er das Gebet: „Pod Twoją obronę uciekamy się św. Boża Rodzicielko“ („Unter Deinen Schutz flüchten wir, heilige Mutter Gottes) und sagte die Worte, die seinen Seelenzustand am besten zum Ausdruck bringen: „Es ist schwer und schmerzlich, in der Fremde zu sterben, ohne freien, unabhängigen polnischen Boden gesehen zu haben.“

An der Feier nahmen Vertreter sämtlicher Behörden, öffentlicher Institute, der literarischen und Künstlervereine, Veteranen aus dem Jahre 1863, Legionäre und zahlreiches Publikum teil.

## Aus der politischen Tageschronik.

### Späte Erkenntnisse.

Unter den von aufrichtiger Sympathie für Polen erfüllten Stimmen der Entente zeichnet sich jene des Professors an der Sorbonne Gabriel Séailles, des bekannten Philosophen, aus. Er ist für die Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates — unter der Aegide der Koalition! Jüngst erschien seine Broschüre „La Pologne“, die die polnische Frage vom geschichtlichen und politischen Standpunkt aus bespricht. In der Einleitung betont der Verfasser, der gegenwärtige, unter dem Schlagwort der Befreiung der Nationen unternommene Krieg habe die polnische Frage auf den ersten Plan gestellt. Die erste Hälfte der Broschüre ist der geschichtlichen Analyse der Rolle Polens ge-

widmet und diese erschöpfende Berücksichtigung der Geschichte mit den Worten Rénans motiviert: „Die Nation — das ist vor allem ihre Geschichte, ihre Erlebnisse, ihre Leiden, ihre Verdienste.“ Das Verhältnis des Verfassers zur Geschichte Polens ist des Enthusiasmus voll und findet seinen Ausdruck in dessen Worten: „Ich kenne keine rührendere und erhebendere Geschichte, als die polnische.“

Seine Anschauung über die Rolle Polens in der Geschichte der europäischen Kultur spricht der Verfasser in folgenden Worten aus: „Die polnische Kultur ist eine rein westliche, von jener Rußlands verschiedene Kultur. Das Christentum ist nach Polen nicht aus Byzanz gedrungen, sondern von Westen her über Böhmen. Polen war

die Vormauer Europas, verteidigte es vor den Mongolen und später vor den Türken. Es war auch der Wachtposten der slawischen Welt. Es war einer der ersten konstitutionellen Staaten Europas. Zu jener Zeit, da im Westen religiöse Kämpfe und entsetzliche Verfolgungen der Häretiker wüteten, herrschte in Polen weite Toleranz. Und als Polen seine Macht und späterhin auch sein staatliches Dasein verlor, hörte es an der Sache der Freiheit nicht zu arbeiten auf. Die polnischen nationalen Erhebungen in den Jahren 1792, 1794, 1831 haben Frankreich mit Polen durch Bande der Freundschaft und der Brüderlichkeit verbunden. Polen muß wieder aufstehen, denn es hörte zu leben nicht auf, denn es lebt in der polnischen Nation der Geist der Freiheit, denn es hörte, als es aus dem europäischen Staatenkonzert gelöscht wurde, nicht auf, die Kultur der ganzen Welt dank der Entwicklung seiner nationalen Kultur zu bereichern. Sehr richtig schrieb Lammenais: „Schlafe, Polen, darin, was man dein Grab nennt; ich weiß es, es ist nur deine Wiege.“ Der polnische Nationalmusiker F. Chopin spricht zur ganzen Welt. Matejko gibt ein plastisches Bild der heldenmütigen Vergangenheit Polens. Polen muß wieder geboren werden, denn es ist unumgänglich notwendig. Dessen Aufteilung war ein furchtbarer Schlag für die slawische Welt.“

Die zweite Hälfte der Schrift widmet Séailles der politischen Seite der polnischen Frage. Seine Erwägungen nehmen hier diese Form an: „Heute ist die polnische Frage eine internationale Frage. Je liberaler die Form der Befreiung sein wird, desto praktischer, desto weiser wird sie sein. Eine Autonomie wird nicht genügen. Sie kann keine dauernden Grundlagen dort besitzen, wo 1. das Staatssystem ein zentralistisches ist; 2. wo es zirka 30 000 Beamte gibt, die ihrer Abstammung nach der nationalen Mehrheit angehören und auf Anstellungen in Polen warten; 3. wo in der Gesellschaft der Nationalismus der überwiegenden Mehrheit wächst und die Unterordnung der nationalen Minderheiten anstrebt; 4. wo die Religion der Mehrheit, die Unterstützung der Regierung benützend, zu größter Verbreitung strebt; 5. wo die Geschichte Polens nach dem Wiener Kongreß und Finnlands ein lebendiges Beispiel der Unselbständigkeit der Autonomie sind. Die polnische Frage kann einzig im Wege der Proklamierung der Unabhängigkeit gelöst werden.“

Wie man sieht, hat Professor Séailles alle Gründe zusammengefaßt, durch die seine eigene Forderung, das unabhängige Polen unter der Aegide der Entente als eine Chimäre erwiesen wird.

**Dankschreiben an den Papst.** „Osservatore Romano“ veröffentlicht ein Dankschreiben Anton Osuchowskis, des Präsidenten der auf Initiative des Papstes vom 21. November 1915 gebildeten Rettungskomitees für Polen, und den Bericht über den Erfolg der auf diese Initiative hin in der ganzen Welt zugunsten Polens eingeleiteten Sammlung. Insgesamt wurde der Betrag von 3 791 293 Francs eingebracht. Hievon in Deutschland 1 601 381 Francs, in Oesterreich-Ungarn 308 884 Francs, in den Vereinigten Staaten Amerikas 708 451 Francs; dagegen bloß 88 119 Francs in Rußland, 113 439 Francs in Frankreich und 145 000 Francs in England.

**Die Proklamierung des polnischen Staates in der Schweiz.** Aus Anlaß der Proklamierung des unabhängigen polnischen Staates empfing das Polnische Museum in Rapperswil eine große Anzahl von Gratulationsdespeschen von Schweizer Instituten, Schweizer Bürgern und zahlreichen in der Schweiz weilenden Fremden. Auch die Regierung der Schweizer Republik sandte telegraphische Glückwünsche. Auf dem Rapperswiler Schloß flattert seit einer Reihe von Tagen auf dem höchsten Schloßturm die rote Fahne mit dem weißen Adler. Das Schweizer Publikum sowie die Schweizer Presse erörtern fortwährend die Proklamierung des polnischen Staates. Das Schweizer Amtsblatt „Der Bund“ brachte einen Artikel, der mit den Worten beginnt: „Was bedeutete bisher für Europa das Wort ‚Polen‘? Es war das Symbol des größten Märtyrertums und des höchsten Heldentums für die hehrsten Ideale der Freiheit. Wo immer auch Blut um die Freiheit der Völker vergossen wurde, dorthin zog der Pole mit seinem Schwert.“ Der Artikel schließt mit den Worten: „Polen, sei nunmehr frei und glücklich! Mögen die Friedensglocken für Dich in Glück und Freiheit ertönen.“

**Eine neue Zeitschrift in Warschau.** In Warschau begann eine neue Zeitschrift unter dem Titel „Tydzień polityczny“ („Die politische Woche“) zu erscheinen, deren Redakteur Herr Maryan Zbrowski ist. Im Artikel unter dem Titel „Z martwych wstanie“ („Auferstehung“) schreibt Maryan Zbrowski: „Wenn es in Polen noch einen Kopf gibt, der die freudige Bedeutung dessen, was geschehen ist, nicht begreift, so ist er eine Nußschale, der der Wurm der Knechtschaft den gesunden Kern durchfressen hat.“ — Zu den ständigen Mitarbeitern der neuen Zeitschrift gehören manche Mitglieder der Verwaltung des Haupt-Fürsorgetates und dessen Funktionäre, wie zum Beispiel Luniewski, K. Olszewski, Graf Ronikier, Graf Rostworowski und andere.

## Glanz und Verderb der polnischen Republik.

Von Max Goldscheider.

(Fortsetzung.)

### XIV.

Anderthalb Jahrzehnte fast liegen zwischen dem so unbefriedigenden Abschluß der ersten Bestrebungen Sigismunds I., Schatz und Heer auf neue Grundlagen zu stellen, und der Wiederaufnahme solcher Pläne seit dem Jahre 1527. In dieser Zeit hatte der König sich bescheiden gelernt und versuchte nicht einmal erst etwas Umfassendes und wirklich auf den Grund Gehendes. Etwas mehr Ordnung sollte in die Erhebung und in die Verteilung der Steuern gebracht werden, aus der Szlachta selbst sollte durch Werbung ein stehendes Heer hervorgehen. Doch die von der Szlachta auf dem Reichtage 1527 ohne jeden Widerstand willig beschlossene Durchführung einer allgemeinen Gütereinschätzung hatte keinen besseren Erfolg als dreizehn Jahre vorher und ward wieder nach halbgetaner Arbeit zu nichts an dem Magnatentum, das sich fortgesetzt den öffentlichen Lasten entzog und verstand, einen kleinadeligen, nicht allzu schwer zu gewinnenden Anhang hinter sich herschleppend, aus der gesamten Lage der äußeren und inneren Politik Faden und Einschlag für Intrigen zu gewinnen, durch die das Zustandekommen jedweder Reform verhindert wurde. Nach einem unter dem Vorwande einer Expedition gegen die Moldau einberufenen allgemeinen Aufgebot, das als der „Hahnenkrieg“\*) zu trauriger Berühmtheit gelangt ist und zum ersten Male vor ganz Europa die in Polen einreißenden Schäden bloßlegte, war das Gesamtergebnis dieses „Kleinen Reformplanes“ Sigismunds des Alten, die im Jahre 1544, unter der Drohung eines Türkenkrieges durchgeführte genauere gesetzliche Ordnung des allgemeinen Aufgebotes. Und auch diese sogar blieb schließlich nur auf dem Papier.

Dies im knappsten Umriss der Verlauf, der im Gegensatz zu den analogen Entwicklungen in der ersten Regierungshälfte Sigismunds I. viel genauer und verlässlicher bekannt ist. Keinerlei Zweifel ist möglich, daß diesmal die Obstruktion gegen die „Besserung der Republik“ von den Oligarchen ausging, von

jenen großen Herren, die vom König als ein „verlässlicheres“ Element angesehen, von ihm vor der Szlachta und ihrer Landbotenkammer als die Stützen seiner Regierung bevorzugt wurden. Umso weniger ist die Richtigkeit solchen Herganges in Frage gestellt, als sich dasselbe Spiel bis zur Eintönigkeit noch tief in die Regierungszeit des letzten Jagellonen hinein fortsetzt und eine für die Republik heilsame Unterbrechung erst erfährt, als wenige Jahre vor seinem Tode Sigismund II. August, mit der väterlichen, so verderblichen Tradition brechend, mit Hilfe der Szlachta und gegen den Magnatenstand einige unerlässlich gewordene bedeutsame Staatsakte durchführt, die trotz ihrer immerhin unvollkommenen Gestalt einem Stephan Báthori eigentlich erst ermöglichen, ein großer König zu werden, und unter den Stürmen in der Zeit der Wasa-Könige dem Staate doch noch einigen Halt verleihen.

Man muß sich tief, recht tief in das Buch des Herrn Dr. Zivier hineinlesen, um auch hier diese Zusammenhänge wenigstens in Andeutungen zu finden. Dieses sind die Kapitel (vom neunten angefangen) des sonst so hoch einzuschätzenden Werkes, bei denen der Leser gerade in unseren Tagen, da ein tieferes Verständnis polnischer geschichtlicher Entwicklungen so notwendig scheint, von der Gesamtanlage des Werkes am wenigsten befriedigt wird. Weil die „historische Betrachtung, hinter die Mitteilung von Tatsachen zurückgestellt“, naturgemäß immer rudimentärer wird, je ausführlichere Darstellung auf Grund der immer reichlicher fließenden Quellen möglich, desto weniger erfüllt sich die vom Verfasser im Vorworte ausgesprochene Annahme, „daß die Aufklärung der Geschehnisse durch das Hervorheben der Einzelheiten das Wichtigere ist.“ Solcher Art Aufklärung ist gewiß ungemein wichtig, ein allererstes Erfordernis der Forschung, wenn man erwägt, daß Dr. Ziviers Buch überhaupt als erstes eine so umfassende quellenmäßige Darstellung der Epoche bringt. Doch solcher Art Aufklärung kann nicht allein wichtig sein, wenn man weiß, daß es seit den Dreißigerjahren des XVI. Jahrhunderts bis zum Tode des letzten Jagellonen in Polen um eine Zeit geht, in der „die polnische Nation sich zu dem zweifellos breitesten politischen

\*) Wojna kokosza (1536) in der Umgebung von Lemberg, ironisch so benannt, weil das allgemeine Aufgebot dem Hühnervolk gefährlicher ward als dem Feinde.

Programm im Laufe der zehn Jahrhunderte ihres Daseins aufgeschwungen hatte.“\*) Daß es überhaupt in diesem scheinbaren Durcheinander des Kampfes der *Szlachta* um die ausschließliche Herrschaft im Staate — denn nur dieser Kampf tritt dem Leser des *Zivier* schen Buches ganz deutlich entgegen — um ein solches Programm sich handelt, daß ein Sieg dieses Programms möglich war, daß dieser Sieg, wenn errungen, die Republik notwendig auf den Weg gebracht hätte, auf den England unter und nach Wilhelm III. kommen sollte — das sind alles Dinge, die aus diesem ersten Bande der Leser nicht erfährt, die ihm hoffentlich der gelehrte Verfasser zum mindesten in einem eingehenden einleitenden Kapitel seines zweiten Bandes mitteilen wird. Und sei es auch nur in einer Darstellung, die alle glücklichere Entwicklungsmöglichkeit zurückweist und wieder die „Schuld“ auf die Nation und die *Szlachta* wirft. Denn solche Darstellung ist das unantastbare wissenschaftliche Recht eines Geschichtsforschers; von solchem Rechte haben die Polen selbst in ihrer historischen Literatur ausgiebigsten Gebrauch gemacht, sie können es den nichtpolnischen Gelehrten nicht bestreiten, wenn auch bei den Polen selbst eine neuere Schule der Geschichtsschreibung die Erklärung für den Untergang des Staates in viel verwickelteren inneren und äußeren Zusammenhängen sucht, als in den bequemen Schlagworten von „Schuld“ und „Unreife“ der ganzen Nation oder eines einzelnen Standes. Eine Darstellung dieses Programms, und zwar eine das Hauptgewicht auf die historische Betrachtung legende Darstellung, wie immer der Schluß, den er daraus ziehen würde, ausfalle, ist Herr Dr. *Zivier* unbedingt seinen Fachgenossen und den Laien unter seinen deutschen Lesern schuldig. Sein Werk wird immer nur „gewissermaßen“ eine Fortsetzung des großen Werkes von *Roepell* und *Caro* bleiben, wenn er sich nicht irgendwie zu einer Stellungnahme — positiv oder negativ, durch Bestätigung oder Widerlegung — gegenüber jenen Grundauffassungen des polnischen Entwicklungsprozesses entschließt, welche jene beiden, vor allem aber *Caro* in den letzten Kapiteln des fünften Bandes der „Geschichte Polens“, niedergelegt haben. Die Besorgnisse, es könnte der Umfang eines Buches, das ein enormes Quel-

lenmaterial zum ersten Male verarbeitet, übermäßig anwachsen, darf hier für einen Gelehrten von dem hohen Range des Herrn Dr. *Zivier* und für ein Verlagshaus wie *F. A. Perthes* nicht das Entscheidende sein. Solange das genügend gekennzeichnete Versäumnis nicht nachgeholt ist, bleibt die Bemerkung begründet, mit der ein polnischer Geschichtsforscher seine Besprechung dieses ersten Bandes schloß, daß zwar wieder einmal ein deutscher Gelehrter mit diesem Werke den polnischen zuvorgekommen ist, sie aber nicht ersetzt hat.

## XV.

Jenes Programm der nationalen polnischen Politik, das oben erwähnt wurde, verknüpft sich auf das innigste nicht mehr mit den bloßen Fragen einer Schatz- und Heeresreform, sondern mit der Gesamtheit der nationalen Entwicklungen in Polen und zum großen Teil mit den allgemeinen europäischen. Wir sehen die Nation — und es sei noch einmal nachdrücklichst hervorgehoben, daß die *Szlachta* die Nation ist, damals als politische Nation auf viel breiterer Grundlage als irgend eine andere europäische, die ungarische vielleicht ausgenommen, und daß es eine politische Nation ist, in der, trotz allen ihren Mitgliedern gemeinsamen Merkmales des Adels, alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Klassen und Schichten sich vorfinden — in den Beginn dieser so wichtigen Zeit zwischen 1527 und 1569 eintreten mit nur einer oder zwei ganz klar ausgesprochenen Forderungen. Es heißt die eine „Exekution der Güter“ und es heißt die andere „Inkompatibilität der Ämter“. Es bedeutet die erste: Einziehung allen durch Verkauf, Verpfändung oder ungesetzliche Verleihung entfremdeten Krongutes; es bedeutet die andere noch mehr als die erste Verhinderung des weiteren Anwachsens des Großgrundbesitzes, der Anhäufung wirtschaftlicher Macht in wenigen Händen, der Herausbildung einer unmittelbaren oder mittelbaren Oligarchenherrschaft.

Das Motiv der ersten Forderung liegt ganz gewiß in einer naiv und primitiv ständisch-egoistischen Auffassung vom Staate, vom König, vom Staatsbürger, von den Rechten und Pflichten aller drei. Denn es ist ganz klar und deutlich, braucht auch angesichts der völlig gleichen und bis ins XVIII. Jahrhundert allüberall in Europa herrschenden Auffassung gar nicht erst irgendwie beschö-

\*) *M. Bobrzyński*: „Grundriß der Geschichte Polens“, Bd. II (polnisch).

nigt zu werden, daß die polnische *Szlachta* sich einbildete, es genüge, bloß alles im Laufe der Zeiten der Krone entfremdete Gut seiner ursprünglichen Bestimmung zuzuführen, damit der König „aus Eigenem“ alle Staatsbedürfnisse decken könne und der Staatsbürger ganz und gar steuerfrei ausgehe. Natürlich nur jener Staatsbürger, der „andere Korporaldienste mit Schwendung seines Blutes und kriegerischen Ausrüstungskosten“ leistet. Es seien hier absichtlich diese einmal schon angeführten Worte der fränkischen Ritterschaft gegen den „gemeinen Pfennig“ wieder gebraucht, damit man nicht glaube, daß nur der polnische Adel selbst Steuerfreiheit als eine Art natürlichen Rechtes in Anspruch nahm, aber Städte und sonstige nichtadelige „Stände“ niemals hoch genug besteuert hielt.

Nun war einmal das Krongut in Polen, und seit der Thronbesteigung der litauischen Dynastie, das Königsgut enorm gewesen, von einer Ausdehnung, die sich nur mit der Größe des deutschen Kronomaniums unter den karolingischen und sächsischen Kaisern vergleichen ließe. Wie das deutsche Kronomanium noch vor dem großen Interregnum vertan gewesen, wie Kaiser Rudolf vergeblich sich mühte, Teile von dem zurückzugewinnen, was vielfach Grundlage der späteren kleinen Territorial-Souveränitäten wurde, ist wohl allgemein bekannt. Der analogen Verarmung des Krongutes in Polen, besonders unter den maßlos freigebigen Jagellonen, wurde in diesen Darstellungen wiederholt gedacht. Aber es kann nicht bestritten werden, daß selbst die Restitution des Kronomaniums in seinem ganzen einstigen Umfange im Polen des XVI. Jahrhunderts nicht mehr hätte genügen können, um den König allen Staatsbedarf „aus Eigenem“ bestreiten und das Ideal der adeligen Steuerfreiheit in Erfüllung gehen zu lassen. Doch diese Illusion teilte der „gemeine Adel“ Polens mit allen „Herren Ständen“ Europas. Aber diese begehrte „Exekution der Güter“ und die damit selbstverständlich zusammenhängende Durchführung der Inkompabilität war nur ein erster, dem König von der *Szlachta* geradezu entgegengetragener Reformplan, der einen zweiten, noch viel wichtigeren und tiefer einschneidenden in sich schloß. Dieses zweite war nichts Geringeres als die Bereitwilligkeit der *Szlachta*, dem König zur wirklichen und tatsächlichen „Exekution der Exekution“ zu verhelfen. Das heißt, die *Szlachta* war seit den

Dreißigerjahren des XVI. Jahrhunderts bis zum Tode Sigismunds II. August bereit, zu Pferde zu steigen und, vom König geführt, die Hydra des Magnatentums zu zertreten. Dieses lag in Wahrheit jenem Programm der „Aufhebung der Privilegien aller einzelnen Personen und Stände, mit Ausnahme jener der *Szlachta*, zugrunde, das in der Darstellung, die Dr. Zivier gibt, und die vielfach der erforderlichen Klarheit entbehrt, wirklich nach Entrechtung aller zum Vorteile Einzelner aussieht. Solche Bereitwilligkeit der *Szlachta* zur faktischen „Exekution der Güter“ hätte unter den beiden letzten Jagellonen wohl genügt zur ersten Reform des Staatsschatzes, ohne daß es zu einem wirklichen Bürgerkriege zu kommen brauchte, den zwei, drei Menschenalter späteren allerdings jeder riskierte, der mit gleich radikalen Reformideen gekommen wäre.

Wichtiger noch als solche Bereitwilligkeit der *Szlachta* war die selbstverständliche Folge der „Exekution“: Die Stärkung der königlichen Exekutive, die — wie schon im letzten Abschnitte angedeutet — durch Aufhören der Kumulierung von Burgstarosteien in den Händen einzelner Magnaten weitere Kräftigung erfahren mußte. Aus dem ersten Schritte des *Szlachta*-Programms ergab sich ferner, da ja die Vermehrung der Kroneinkünfte zunächst diesem Zwecke dienen sollte, die Reform des Heeres und aus der Stärkung der Exekutive die Reform der Verwaltung. Und es ergab sich aus diesen Programmforderungen der *Szlachta* noch eines, was in solchem Maße und in solcher Form wieder nirgends sonst in Europa, außer in Polen und vielleicht in Ungarn möglich gewesen wäre: Die Bildung eines nationalen stehenden Heeres aus jenem Kleinadel, der zu allen Zeiten der Republik nicht erst zwangsweise zum Heeresdienste erzogen zu werden brauchte, wie selbst seinerzeit in Brandenburg-Preußen. Was aber in Polen selbst ein kleines Heer solchen wahrhaft nationalen Ursprunges als Hebel der äußeren und inneren Politik bedeutete, wenn nur dieses Heer einem wahrhaft nationalen Ziele von glücklichen und großen Feldherren entgegengeführt wurde, das konnte Stephan Báthori praktisch erweisen, als er gegen den Widerstand der Magnaten und eines Teiles der reicher begüterten *Szlachta* für seinen Krieg mit Iwan dem Grausamen Steuern bewilligt erhielt, wie kein König seit dem

Dreizehnjährigen Kriege Kasimir IV. um den Besitz West-Preußens. Ja, König Sigismund II. August sollte es in seinem Kriege um Livland erfahren, daß ohne grundsätzliche Reform von diesen „egoistischen, herrschsüchtigen, aller höheren Zielen baren, in seinen Ideen völlig unklaren, steuerunwilligen“ — und wiesont die Vorwürfe heißen — adeligen Massen Polens leichter als anderwärts in Europa Steuern zu erlangen waren, wenn nur diese Nation durch ihren König vor ein großes Ziel sich gestellt sah. Kurz: So spärlich zu Beginn dieses zweiten Zeitraumes der von Sigismund I. erstrebten Reformen das dem König von der Szačha selbst entgegenbrachte Programm an positiven Punkten scheint, es war überreich an Entwicklungsmöglichkeiten, wenn sich nur die richtigen leitende Kraft zur rechten Zeit einstellt. Daß das Programm unklar war, verschlug weiter nichts. Mit Recht bemerkt ein polnischer Geschichtsschreiber, daß „nur eine Regierung ein praktisches Programm zu formulieren und es durchzuführen vermag, und daß ihr diese Aufgabe zufällt“ (\*), und daß die Szačha das ihre getan hatte, als sie die „Besserung der Republik“ durch die Regierung durchführen wollte, Fingerzeige gab, ohne sie als unanastbares Dogma hinzustellen und zur Beihilfe bei der Durchführung bereit war. Wir sehen übrigens, daß in den letzten Regierungsjahren König Sigismund I. die Spärlichkeit des ursprünglichen Programms beinahe einer Überfülle von Ideen, Forderungen, nationalen Aufgaben weicht, und daß die Unklarheit ganz und gar aufhört. Die überraschend aufblühende politische Literatur zeigt zum mindesten einige Führer des politischen Gedankens in Polen auf einer Höhe, die im übrigen Europa erst viel später erreicht werden sollte, — freilich ohne daß auch in diesem übrigen Europa diese Ideen, als sie auftauchten, sofort die Verwirklichung gefunden hätten.

Dieses „zweifelloso breiteste politische Programm, zu welchem die polnische Nation im Laufe der zehn Jahrhunderte seines Daseins sich aufgeschwungen hatte,“ und das in den letzten Jahren Sigismunds des Alten schon fertig vorlag, gruppiert sich um drei Hauptpunkte. Der erste ist der Komplex alter Fragen, der diesmal unter der Bezeichnung „executio legum“ —

nämlich Vollzug der alten Gesetze über die Kron Güter und Inkompatibilität — zusammengefaßt wird. Daran hängen Reform des Schatzes, des Heeres und der Verwaltung. Dieses war, was man unter der „Besserung der Republik“ verstand. Der zweite Hauptpunkt geht von der Reformationsbewegung aus und gipfelt in der Forderung einer „nationalen Kirche“, die den orientalischen mit dem westlichen Ritus vereinen, den Zölibat aufheben, die Liturgie nationalisieren, die Abhängigkeit von Rom beenden, aber in dogmatischen Fragen mit der alten Kirche nicht brechen, sich also auf jenen Bahnen bewegen sollte, die zunächst die Kirchenreform in England eingeschlagen hatte. Die Zusammengehörigkeit dieses Programmpunktes mit der damaligen allgemeinen europäischen Entwicklung ist selbstverständlich. Die Unmöglichkeit, über Wert oder Unwert, über Durchführbarkeit oder Undurchführbarkeit eines solchen Kirchenprogramms zu urteilen, ohne gründlichste Kenntnis aller einzelner Personen der Zeit, ist natürlich jedem selbstverständlich, wenn es zum Beispiel um die Geschichte von Reformen und Gegenreformen in Deutschland geht. Nur für Polen glaubt man die Sache mit ein paar Phrasen über Fanatismus, Unduldsamkeit und Jesuiten abtun zu können, ohne auch nur den leisesten Versuch eines Vergleiches der Hergänge in Polen und anderwärts. Der dritte Punkt endlich, die „Union“ Polens, Litauens und Preußens zu einem einheitlichen Staatsganzem erscheint bei oberflächlicher Betrachtung allerdings im Lichte einer nationalistischen Forderung, muß aber von polnischen Geschichtsschreibern als Ausfluß der durchaus zielbewußten praktischen politischen Vernunft einer großen und aufstrebenden Nation anerkannt werden. Solche Wertung — der übrige Herr Dr. Zivier sehr nahe kommt — würde sich heute wohl auch allen anderen Geschichtsschreibern Polens ohne weiteres aufdrängen, wenn die vollzogene Union, durch die Durchführung der beiden ersten Reformpunkte gestützt und gehoben, für die Geschichte des Weltteiles jene entscheidende Bedeutung erlangt hätte, die sie eben im Zusammenhange des großen nationalen politischen Programms Polens um die Mitte des XVI. Jahrhunderts als bedeutsamste Entwicklungsmöglichkeit für den Staat und für die Nation, ja für die ganze abendländische Christenheit in sich trug.

\*) M. Bobrzyński a. a. O.

Es muß nun als ein Hauptmangel des Zivierschen Buches bezeichnet werden, daß es zu allen diesen Dingen die allerwertvollsten Beiträge bringt, aber in Stücken, ohne jeden Versuch einer pragmatischen Zusammenkettung. Weder sehen wir das Programm als Ganzes, noch sehen wir den Kampf um das Programm als Ganzes. Und den Hauptgrund solchen Mangels müssen wir in der Tatsache erblicken, daß Herr Dr. Zivier wohl die Bedeutung der Literatur des Zeitalters, soweit es um die eine Frage der Reformation geht, sehr richtig erfaßt hat, aber ihre allgemeine politische Bedeutung ganz offenbar vernachlässigt, ja wegen solcher Vernachlässigung den zeitweiligen Vorsprung dieser Literatur vor der sonstigen europäischen übersehen hat. Sonst könnte er ganz gewiß nicht in einer

kursorischen Erwähnung dieser politischen Schriften bemerken, daß sie „im ganzen einen sehr naiven Standpunkt verraten.“ Gelegentliche Naivitäten sind darin gewiß genug vorhanden, aber auch Einsichten, die, wie schon bemerkt, noch lange den politischen Schriften anderer Nationen fremd bleiben.

Aus dem Studium des Zivierschen Buches kann aber, wenn auch mit einiger Mühe, eine ziemlich richtige Anschauung über die höchst verwickelten und weit über eigentliche polnische Geschichte in die allgemein europäische hinausgreifende Zusammenhänge erlangt werden, die erklären, warum ein so großzügiges Programm, wie dieses der *Szlachta* um die Mitte des Cinquecento nur zum allergeringsten Teile seine Umsetzung in die Tat erfahren hat.

(Fortsetzung folgt.)

## Wirtschaftliche Mitteilungen.\*)

### Die Krieganleihe.

Zum fünften Male während des Großen Krieges ergeht an die Bürger des österreichischen und des ungarischen Staates der Ruf, durch Zeichnung von Krieganleihe die Mittel zur Verfügung zu stellen, damit diese Monarchie die schwerste Prüfung ihres geschichtlichen Daseinsrechtes und ihrer politischen Lebenskraft siegreich bis ans Ende bestehe. Dieses sind zwei Fragen, die von den unter Habsburger Zeppter vereinten Völkern und Nationen im Verlaufe mehrerer Jahrhunderte mit entschiedenster Bejahung beantwortet worden, die von ihnen auch im jetzigen Kampfe nicht anders beantwortet werden. Die mit ihrem Blute erkauften Siege auf den Schlachtfeldern waren gewiß die gewichtigste Bekräftigung ihres Willens zu diesem Staate, die Erfolge der bisherigen Krieganleihen schlossen sich mit zwingender Logik an.

Jedes dieser Völker und jede dieser Nationen vermögen die große österreichisch-ungarische Schicksalsfrage nicht anders zu betrachten als aus ihrer eigenen Geschichte, aus ihrem eigenen Interesse heraus. Umso überzeugender ist die Uebereinstimmung der Antwort. In einem Kriegsabschnitte, da sie, als der Feind in ihrem Lande stand, kaum anderes geben konnten, haben die Polen durch „weit über gesetzliche Pflicht“ geleisteten Kriegsdienst ihren vollen Teil beigetragen zu die-

sem Einklang der Stimmen im Habsburger Reiche. Als die Kriegslage sich änderte, nahmen sie, soweit der wirtschaftliche Zustand des schwer heimgesuchten Landes es ihnen ermöglichte, an den Zeichnungen der Krieganleihe teil. Der Tag des 5. November, der die Unabhängigkeits-Erklärung Polens gebracht hat, bedeutete für die Polen eine neue entscheidende Bestätigung jener geschichtlichen Sendung des Habsburger Reiches, an die sie so lange unerschütterlich geglaubt, eine Bürgerschaft, daß alles, was sie diesem Reiche an Gut und Blut steuern, auch gesteuert ist der Freiheit, der Größe, der Zukunft ihres eigenen Staates, ihrer eigenen Nation, ihrer eigenen Kultur.

Die Äußerungen der polnischen Presse geben Zeugnis dafür, daß sich die Polen vollbewußt sind der neuen und außerordentlichen Festigung moralischer Bande, welche ihre höchsten nationalen Ideale mit dem Reiche der Habsburger verknüpfen. Für die Polen in Oesterreich bedarf es nicht erst eines Hinweises auf die rein materielle Seite der Krieganleihe als einer vorteilhaften Kapitalsanlage, damit sie wieder, wie schon bei den letzten Emissionen, ihre wirtschaftlichen Kräfte aufs äußerste anspannen, um zum Erfolg beizutragen. Denn heute wissen sie alle, daß jeder Erfolg, jeder Sieg auf den blutigen Schlachtfeldern des Krieges und jeder Sieg auf den unblutigen der Staatswirtschaft, den Oesterreich-Ungarn davonträgt, auch ein Erfolg und eine Bürgerschaft mehr ist für das freie und unabhängige Polen.

\*) Unter Mitwirkung des „Oekonomischen Institutes des Obersten National-Komitees“.

**Die Münzeinheit im polnischen Staat.** In der Warschauer Presse wird gegenwärtig eine lebhaft erörterung darüber geführt, welche Münzeinheit im polnischen Staat gelten und wie sie benannt werden solle. Die meisten Stimmen gehen dahin, daß die Einheit hundert jetzigen polnischen Groschen gleich sein soll. Ein jetziger Groschen ist gleich einer halben Kopeke. Die polnische Münzeinheit würde sonach einem halben Rubel oder etwa einer Krone gleichen, sie würde sich also dem in fast ganz Europa akzeptierten Münzfuß nähern. Die Frage der Benennung der Münzeinheit — vorausgesetzt, daß der Vorschlag selbst angenommen wird — bleibt indessen offen.

**Die Fürsorgeräte und die Monopole.** Da die Mittel des Haupt-Fürsorgerates erschöpft sind, haben die Fürsorgeräte in der Provinz beschlossen, ihre Einnahmenbudgets auf lokale Quellen zu stützen. Eine ansehnliche Quelle sind Handelsmonopole für Artikel des allgemeinen Bedarfes. Durch die Uebernahme der Monopole hat der Fürsorgerat vor allem die Möglichkeit, die Preise für die Monopolartikel in seinem Bezirk zu ermäßigen und auf diese Weise die Spekulation zu unterbinden. Weiters wird der Fürsorgerat die möglichst gerechte Verteilung der Monopolartikel unter der Bevölkerung anstreben und die aus den Monopolen erlangten Einkünfte für Wohlfahrts- und soziale Institutionen verwenden, die in beträchtlichem Maß zur Linderung und Erleichterung der elenden Lage der Bevölkerung beitragen. Manche Fürsorgeräte haben bereits Monopole eingeführt.

**Polnische Rubelnoten.** Das „Neue Wiener Tagblatt“ (21. November) schreibt: Zu den Problemen, welche mit der Proklamierung der Selbständigkeit Polens einer Lösung bedürfen, gehört auch die für das gesamtwirtschaftliche Leben Polens wichtige Frage der Geldorganisation. Kürzlich wurde eine Meldung verbreitet, nach welcher der Präsident der Deutschen Reichsbank v. Havenstein in Warschau weilte, und zwar in Angelegenheit dieser Organisationsfrage, zu deren Lösung ja Ansätze schon vorhanden sind. In Warschau besteht bereits im Anschluß an die Deutsche Reichsbank ein Institut, welches polnische Rubel emittiert. Die Deckung für diese Noten ist durch bankmäßige Sicherheit gegeben. Wie wir nun erfahren, ist auch von der Oesterreichisch-Ungarischen Bank, die bekanntlich durch eine Expositur der Filiale Krakau in Lublin vertreten ist, erst jüngst wieder die Anregung gegeben worden, daß auch österreichischerseits die Emission von polnischen Rubeln ins Auge gefaßt werden möge, was für den Zahlungsverkehr im österreichischen Okkupationsgebiet mit Vorteilen verbunden wäre. Mittlerweile ist die staatliche Selbständigkeit Polens ausgesprochen worden und damit erscheint wohl auch

die Errichtung einer einheitlichen polnischen Notenbank aktuell, mit deren Vorbereitung die erwähnte Reise des Präsidenten v. Havenstein in Zusammenhang gebracht wurde. Vorerst hat indes die Oesterreichisch-Ungarische Bank noch keine Veranlassung gehabt, über die weitere Tätigkeit ihrer Lubliner Expositur Beschlüsse zu fassen.

**Die Volksindustrie im Königreich.** Die in Lublin erscheinende „Gazeta Ludowa“ („Volkszeitung“) bringt folgende Mitteilung über die Volksindustrie im Königreich. Vor dem Krieg entwickelte sich die Volksindustrie im Königreich Polen sehr gut, vornehmlich dank der Tätigkeit des „Vereines zur Förderung der Volksindustrie“. Der Krieg lähmte die Tätigkeit dieses Vereines, er vermochte sie aber nicht zu ersticken. Der „Verein zur Förderung der Volksindustrie“ hat in unserem Land eine große Anzahl von Fachschulen errichtet. Bis zum Ausbruch des Krieges entwickelten sich diese Schulen günstig und bildeten eine beträchtliche Anzahl von fachmäßig ausgebildeten Handwerkern heran. Unter anderen bestand in Oryszów eine Schule für Weberei-Instruktoren, in Szymanów eine Schule für Schneiderei und Mützenmacherei, in Sułoszów (Bezirk Ołkusz) wurde eine Schule für Schnitzerei eröffnet und überdies gab es vier Handwerkerschulen in Nałęczów. Nach dem Ausbruch des Krieges wurde ein Teil der Lehrer und Schüler zum Militärdienst herangezogen, andere wurden als österreichische Untertanen in das Innere Rußlands verschickt und schließlich mußten die Schulen geschlossen werden. In Nałęczów wurde in den Schulgebäuden Militär bequartiert, in Szymanów wurde die Schule in ein Spital und in Oryszów in eine Feldkapelle umgewandelt. Es ist unbekannt, was aus den Schulen in Sułoszów und Złoty Potok geworden ist. Der hier oft genannte Verein mühte sich, den Unterricht im Jahre 1915 wieder aufzunehmen. Lange Zeit ließ sich indessen nichts machen. Erst nach dem Rückzug der Russen aus der Lubliner Landschaft gelang es, die Schulen in Nałęczów wieder zu eröffnen. Diese Schulen entwickeln sich sehr günstig. Es gibt ihrer in Nałęczów derzeit zwei: eine Schule für Korbmacherei und eine Schule für Kinderspielzeug und Schnitzerei. Ein Teil der Schulerhaltungskosten wird vom genannten Verein getragen, zum Teil werden die Kosten aus dem Verkauf der Erzeugnisse gedeckt. Es gelang bisher nicht, die Weberschule ebenso wie die Schulen für Schneiderei und Mützenmacherei wieder aufzunehmen. Der „Verein zur Förderung der Volksindustrie“ befaßt sich indessen nicht allein mit Schulen. Vor dem Krieg suchte er den Dorfhandwerkern verbesserte Werkstätten und Werkzeuge zu liefern und trug auf diese

Weise zur Vervollkommnung unserer Erzeugnisse bei. Dank der Tätigkeit des Vereines wurden beispielsweise im Kreis Frampol (in der Lubliner Landschaft) verbesserte Webstühle verbreitet, die es gestatten, breitere Leinwand als bisher zu erzeugen. In Bolimów bei Łowicz entwickelte sich dank der Förderung des Vereines die Töpferei. Ueberhaupt soll jetzt die Tätigkeit des Vereines in größerem Umfang wieder aufgenommen werden. Für die nächste Zeit ist die Einberufung einer Volksversammlung der Vereinsmitglieder nach Warschau zu erwarten. In dieser sollen sämtliche Vereinsangelegenheiten besprochen werden, worauf der Verein wieder energisch an die Arbeit gehen will.

**Arbeiter aus dem Königreich für industrielle Arbeiten in Galizien.** Die Zentrale für den Wiederaufbau Galiziens organisierte die Heranziehung von Arbeitern aus dem Königreich Polen, um der galizischen Industrie zu Hilfe zu kommen. Unternehmungen, die Arbeiter benötigen, melden ihren Bedarf der k. k. Statthalterei (Landeszentrale für den wirtschaftlichen Wiederaufbau von Galizien) in Krakau an und haben die Anzahl und die Kategorie der Arbeiter und die Höhe des Lohnes genau anzugeben.

**Die Galizische Landesbank im Krieg.** Es liegt der Geschäftsbericht der Galizischen Landesbank für die ersten zwei Kriegsjahre (1914/15) vor. Der Bericht ist kumulativ für die beiden Jahre zusammengestellt und bildet im Vergleich mit demjenigen des Jahres 1913 eine treue Widerspiegelung des Kriegszustandes und der hieraus entspringenden Konsequenzen in den Geld- und Kreditverhältnissen. Das Gewinn- und Verlustkonto weist für beide Jahre 1914 und

1915 einen Gewinn von 739 922 K auf, somit im Jahresdurchschnitt um 235 677 K weniger wie im Jahre 1913. Dieser Rückgang ist auf die infolge der anderthalbjährigen Amtierung der Bank außerhalb Lembergs erhöhten Verwaltungsauslagen sowie auf die Verminderung der Einnahmen zurückzuführen, welche wieder eine Folge der gänzlichen Lahmlegung des Kreditgeschäftes, der sehr bedeutenden Rückstände der Annuitäten aus Emissionsdarlehen und schließlich die Folge der Notwendigkeit war, große Barbestände in niedrig verzinster oder sogar unverzinster laufender Rechnung bereithalten zu müssen. Aus dem solcherweise ausgewiesenen Reingewinn wurde der Betrag von 404 559 K als Reserve für Steuerrückstände ausgeschieden und aus dem Rest im Betrag von 335 362 K eine Spezialreserve für Kriegsverluste gebildet. Der Bericht schließt mit nachstehenden Ausführungen über die Kriegsverluste: „Wir sind uns dessen vollkommen bewußt, daß diese Verluste bedeutend höher sein werden, wir können jedoch diese derzeit nicht feststellen, weil, so lang der Krieg dauert, jede Einschätzung der Aktiva fast wertlos wäre. Nichtsdestoweniger hoffen wir, daß die Landesbank, welche während der zweijährigen Kriegsdauer allen ihren Verpflichtungen ohne irgend welche Hilfe nachzukommen und trotz der unterbliebenen Einzahlung der Raten aus Emissionsdarlehen die fälligen Kupons eigener Emissionen im Betrag von 26 836 708 K und zirka 10 800 000 K der fälligen Kupons der Landesemissionen einzulösen imstande war, sich trotz der zu gewärtigenden Verluste ihrer Friedensaufgabe, beim wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes mitzuwirken, gewachsen zeigen wird.“

## Vom Lesetisch des Krieges.

„**Kennen Sie Rußland?**“ Verfaßt von zwölf russischen Untertanen. Herausgegeben von der „Liga der Fremdvölker Rußlands“, Stockholm-Lausanne. Berlin 1916. Puttkammer und Mühlbrecht.

Die „Liga der Fremdvölker Rußlands“ hat ein Buch herausgegeben, das eine Sammlung von Agitationsreden und Vorträgen enthält, die den Standpunkt der russischen Regierung gegenüber den fremden in den Grenzen des großen russischen Reiches lebenden Nationen erörtern. Die Aufsätze in diesem Buch behandeln den allgemeinen Charakter der Einwohner, der Regierung und der Politik.

Aus den interessanten statistischen Zusammenstellungen (Exzerpten aus der Arbeit Schulzes in der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung“, 1916, Seite 525) ist zu sehen, welche ausschließliche Eroberungspolitik Rußland geführt hat. Es genügt, daran zu erinnern, daß seit den Zeiten Iwans III. (1505) bis zum Jahr 1914 der Flächeninhalt der unter russischer Herrschaft befindlichen Gebiete von

40 000 auf 407 000 Geviertmeilen gewachsen ist. Mit der Vergrößerung des Gebietes stieg auch im entsprechenden Verhältnis die Zahl der — selbstredend fremden — Bevölkerung, so daß sie heute einen beträchtlichen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung Rußlands (57 Prozent) bildet. Es kann sonach von nationaler Einheit dort nicht gesprochen werden, wo größere und kleinere, im 400jährigen Eroberungszug Rußlands unterjochte Nationen die prozentuelle Mehrheit bilden.

Die innere Politik, das administrative System, die russifikatorischen Bestrebungen, die sich der Gewalttätigkeit und Gesetzwidrigkeit bedienten, die Ignoranz der Beamten in Verbindung mit der abergläubischen Verehrung des Zaren als der weltlichen und geistlichen Macht brachten es mit sich, daß die unterjochten Völkernschaften gegen diese Regierung mit einem Haß erfüllt waren, der nach Maßgabe der Gewalttätigkeiten wuchs. Und die Aufstände der Polen, die niemals aufhörten, erwiesen die Lebenskraft der freiheitlichen Bestrebungen bei den unterjochten Nationen, Be-

strebungen, die nicht allein nicht zum Stillstand kamen, sondern im Gegenteil nach Maßgabe, als man sie ersticken wollte, sich immer mehr verbreiteten.

Am stärksten wurde dieser Druck, diese Uebermacht in Polen empfunden. Und es darf dies nicht wundernehmen. Der Unterschied der Einflüsse und der Unterschied der Kulturen waren denn doch unermeßlich groß. Ein gleiches war es mit den nationalen Interessen und den demokratischen Bestrebungen, die sich in Polen dem blinden russischen Imperialismus entgegenstellten. Nichts wäre irriger, als die Verdächtigung des Russophilismus gegen eine Nation, die keine Gelegenheit vorbeigehen ließ, um ihre Feindseligkeit gegen die Unterdrücker zu äußern, und die auch heute nicht Anstand nimmt, jenseits und innerhalb der Grenzmarken, wo noch ein Teil Polens unter russischer Herrschaft verblieb, ihre freiheitlichen Bestrebungen mit aller Offenheit zu bekennen. Und so darf man sich nicht wundern, daß unter den Repräsentanten der „Liga der Fremdvölker Rußlands“ sich polnische Namen befinden. In dem Artikel, der von Polen handelt, bringt der Verfasser in kurzen Umrissen die Geschichte der Beziehungen Polens zu Rußland von den ältesten Zeiten bis auf den heutigen Tag und hebt, von der Epoche nach der Teilung Polens sprechend, die Feindseligkeit der Regierung und des administrativen Systems in den polnischen Landen stark hervor. Das Privatleben, die Schule, die Zensur, die ökonomi-

schon und die Verkehrsverhältnisse — all dies trug das Merkmal der Schikane und der Gesetzwidrigkeit. (Wir erinnern hier an die Rezension des Buches L. Wasilewskis unter dem Titel „Rußland in der konstitutionellen Epoche“, in dem der Verfasser auf Grund von statistischen Daten und Ziffern objektiv darstellt, welchen „Gewinn“ Polen von dieser Verfassung hatte. (Siehe „Polen“, Heft 58.) Der Weltkrieg bot Gelegenheit, das feindselige Verhältnis Polens Rußland gegenüber festzustellen. Einerseits äußern es die Legionen, andererseits aber die öffentliche Meinung und die Presse, die ohne Rücksicht darauf, unter wessen Herrschaft sie erscheint, stets denselben Charakter, das ist den freiheitlichen, hat, und dasselbe Verhältnis zu Rußland äußert, das ist das feindliche.

Das Buch „Kennen Sie Rußland?“ kann nicht den Anspruch erheben, ein wissenschaftliches oder auch nur ein annäherungsweise geschichtlich-soziales Werk zu sein. Dagegen hat es die Merkmale einer agitatorischen Schrift, was sich vielleicht nicht so sehr in der trockenen Aufzählung von Tatsachen äußert, als vielmehr in einem unwillkürlichen Aufschrei des Hasses, der sich auf die Lippen eines seit Jahren unterdrückten Menschen drängt. In drei Sprachen, der schwedischen, englischen und deutschen, erschienen, hat es den Zweck, bei den fremden, freien Nationen Sympathien für die Freiheitsbestrebungen jener Nationen zu wecken, die unter den russischen Unterdrückern leiden.

## Kleine Mitteilungen.

### Leibniz als Vorkämpfer Polens.

Wir lesen im Berliner „Vorwärts“ vom 11. November:

Die Proklamierung des Königreiches Polen ruft die Erinnerung wach an die Tatsache, daß schon vor mehr als zwei Jahrhunderten einer der besten deutschen politischen Köpfe, nämlich Gottfried Wilhelm Leibniz, dessen Todestag sich am 14. November zum 200. Mal jährte, die Erwirkung und Bewahrung der Freiheit Polens durch deutsche Hilfe für eine sowohl für die Polen wie auch für das Deutschtum gleichermaßen wichtige Notwendigkeit erklärte. Als am 16. September 1668 der König von Polen aus dem Hause Wasa, Johann Kasimir, seiner Krone entsagt hatte, bewarben sich zahlreiche Fürsten aus verschiedenen Ländern um den polnischen Thron, darunter auch der Pfalzgraf Philipp Wilhelm von Neuburg. Der damals erst 22jährige Leibniz erhielt von diesem die Aufgabe, die Gründe, die für die Wahl des Pfalz-Neuburgers sprachen, in einer Schrift vom Standpunkt eines polnischen katholischen Edelmannes wiederzugeben. Diese Schrift, deren Einzelheiten wir der im Leipziger Verlag Felix Meiner erscheinenden volkstümlichen Ausgabe von Leibniz' „Deutschen Schriften“ entnehmen, wurde durch die jüngsten Ereignisse der Gegenwart so verblüffend aktuell, daß die folgenden Stellen in Erinnerung gebracht sein mögen.

Leibniz wandte sich mit besonderer Schärfe gegen den russischen Wahlbewerber: „Am allerwenigsten aber,“ schrieb er, „geht der Russe an! Nehmen wir ihn, so ist geradewegs alles verloren. Wir geben ihm selbst das Schwert in die Hand, uns zu morden. Ist er einmal herein, so bringt ihn niemand mehr hinaus. Mit der Freiheit ist es aus, mit der Gesittung und Bildung. Er ist ein Barbar von Nation, von Sitte und Erziehung; ohne einen Begriff von Freiheit, an eine völlig unbeschränkte Regierung von Jugend auf gewöhnt; er ist ein Feind Polens ... Und glaubt Ihr etwa, Europa werde ruhig zusehen, wenn Polen, die Vormauer der Christenheit gegen die Barbaren, fällt, wenn ein Koloß sich erhebt, imstande, ganz Europa zu unterdrücken?“

Die für die Gegenwart interessanteste Stelle der Schrift Leibniz' endlich lautet: „Ueberhaupt haben Polen und das Deutsche Reich völlig die gleichen Interessen; beide sind rein nur auf die Verteidigung bedacht, beide wollen keine Erweiterung, sondern nur ruhigen Besitz des Gegenwärtigen. Beide brauchen Frieden und Ruhe. So sind sie sogar naturgemäß auf ein freundschaftliches Verhältnis zueinander angewiesen. Und eben dies ist zugleich das wahre Interesse von ganz Europa:

sie sollen beide sein wie ein Damm gegen alle Weltreichgelüste, mögen sich solche regen, wo sie wollen.“

Diese Schrift, in der Leibniz die Erhaltung des Deutschen Reiches als ein „Interesse Polens und des christlichen Europa“ bezeichnete, enthielt, wie man sieht, Argumente, deren zwingende politische Logik bis zu unseren Tagen dieselbe geblieben ist.

So weit die Mitteilungen des „Vorwärts“. Wir erinnern daran, daß wir im Heft 19 der Wochenschrift „Polen“ einen längeren Aufsatz „Leibniz über die russische Gefahr“ veröffentlicht haben, worin aus der im lateinischen Text in Polen verbreiteten Leibnizschen Wahlagitationsschrift noch andere interessante und aktuelle Stellen übersetzt sind.

#### Leibniz-Gedenkfeier in Warschau.

Anläßlich des hundertjährigen Todestages von Leibniz fand am 13. November im Warschauer Psychologischen Verein eine zur Ehrung des berühmten Philosophen, Mathematikers und Politikers einberufene Versammlung statt. In dieser Versammlung wurde, wie der „Kurjer Polski“ meldet, beschlossen, die Werke von Leibniz auf Kosten der Mianowski-Kasse in polnischer Uebersetzung herauszugeben.

**Spende eines preußischen Offiziers für die polnischen Legionen.** Polnische Blätter teilen mit: Der Vizepräsident des Obersten National-Komitees Dr. Wł. L. v. Jaworski empfing folgendes Schreiben:

„Der Erlaß der beiden Kaiser, mit dem am 5. d. M. dem Königreiche Polen die lange erwartete Freiheit verheißen wurde, erfüllt die Freunde der tapferen polnischen Legionäre mit besonderem Stolz und Freude. In diesem großen gegenwärtigen Kriege wäre vor allem Aufmerksamkeit den wackeren polnischen Waffengenossen zu widmen, die in diesen schweren Zeiten so glanzvolle Beweise erbrachten und es erwiesen, wie sehr die Seele Polens der nationalen und staatlichen Freiheit würdig ist.

Ich möchte meinen wackeren Kameraden aus den Legionen, die es verstanden haben, das Vaterland meiner Vorfahren zu erobern, meinen Dank ausdrücken, soweit es in meiner Macht ist, und Ihrer Kasse für Geschenke 100 Kronen überweisen. Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren, mir gefälligst die Adresse zu nennen, an die ich diesen Betrag übersenden könnte. Ich bitte Euer Hochwohlgeboren, dieses kleine Geschenk für die Soldaten anzunehmen, und gleichzeitig grüße ich meine tapferen Kameraden aus den Legionen, die diesen Erfolg erlebt haben.

Ergebener

Pohl, Kgl. Preuß. Oberleutnant  
im Infanterie-Regt. Nr. 161 (10. Rhein.),  
gegenwärtig im Feldlazarett Lindenburg-Köln.“

**Zerstörte Denkmäler.** Dr. Zarewicz, Schriftführer des „Vereines für Denkmalschutz“, hielt in Lemberg einen sehr interessanten Vortrag über die im Kriege zerstörten Denkmäler, der durch zahlreiche Lichtbilder illustriert war. Der Berichterstatter der Lemberger „Gazeta Wieczorna“ schreibt hierüber: Wir erblickten zuerst die Ansicht des Zisterzienser Klosters und der Kirche in Koprzywnica, die zu Zeiten des Königs Kasimir II. errichtet und seinerzeit durch Nikolaus Bogoryja reichlich ausgestattet waren. Das Feuer zerstörte die Türme, das Dach, den Chor und die Altäre, die Wölbungen stürzten ein. Im Klostergebäude drangen Geschosse durch Dach und Wölbungen. Einer der Säle, der romanische, blieb unversehrt. In der Zisterzienserabtei in Jędrzejów demolierten die Russen Teile des romanischen Baues, auch das Dach brannte vollständig ab und die Wölbung sank ein. Die Kirche in Kościelec und das altertümliche St. Jakobs-Kirchlein in Sandomierz erlitten verhältnismäßig nur geringen Schaden. In dem geschichtlich bekannten Wiślica wurde die aus dem XIV. Jahrhundert stammende Kirche stark beschädigt. An der Dunajec-Linie, der Linie der erbittertsten Kämpfe, wurden Kirchen zerstört und beraubt: in Radłów (aus dem XIV. Jahrhundert), Wojnicz, Szczepanów. Die Kirchen in Czechów und in Biecz sowie das Kloster der Klarissinen in Stary Sącz (Alt-Sandez) blieben unversehrt. Das Kloster der Benediktinerinnen in Staniontki bei Niepołomice, das gleichfalls im Kampfterrain war, hat stark gelitten; Wölbungen und Galerien sind eingestürzt, Möbel und wertvolle Bilder aus der Klostergeschichte sind verbrannt. Auch die Klöster in Klimontów und Szydłowiec haben stark gelitten. Die von der Familie Herburt im XV. Jahrhundert in Felsztyn errichtete Kirche ist nahezu vollständig zerstört. Dach und Gewölbe sind eingestürzt, das Innere ist gleichfalls stark beschädigt. Das interessante Alabasterdenkmal des Walenty Herburt ist zerstört; dagegen haben die Bildsäulen im Presbyterium weniger gelitten. Weiters erblickten wir das Benediktinerkloster auf der Łysa Góra, das von Bolesław dem Tapferen erbaut wurde. Heute fehlt ihm ein Turm, Dach und Glockenturm sind verbrannt. Der Vorleser gedachte ferner der Kirchen in Rybitwy, Józefów, Fajslawice, Odporyszów, Podkamień, Ujście solne, Sieniawa, Jarosław, und von neueren Kirchen in Zaława, Rudno, Tuchów, Gorlice, Grabie, Ciepiałów, Libusza und vieler anderer gemauerter oder Holzkirchen, die vollständiger oder teilweiser Zerstörung erlagen. Hierauf erblickten wir im Bilde das schöne, gegenwärtig ebenfalls beschädigte Schloß in Krasiczyn mit den vier Ecktürmen, der charakteristischen Attika, den Arkaden und der Loggia, weiters das Schloß in Laszki murowane, in dem seinerzeit Ma-

ryna Mniszek, die Gemahlin des falschen Demetrius, weilte, das von den Russen verbrannte Schloß in Lisko und das ebenfalls stark beschädigte, aus dem Jahre 1778 stammende Schloßchen in Grodowice.

**Hilfe für die kriegsgefangenen Polen.** Auf Initiative des Abgeordneten M. Lempicki fand in Warschau eine Versammlung statt, in der ein „Fürsorgeausschuß für kriegsgefangene Polen“ gewählt wurde. Dieser Ausschuß setzt sich aus Vertretern der Gesellschaft und sozialer Institutionen zusammen. Ein Delegierter dieses Komitees wird in Berlin seinen Sitz nehmen und mit den Lagern der Kriegsgefangenen in unmittelbarer Fühlung verbleiben. Das Komitee beabsichtigt, für die seit mehreren Jahren von ihrer Heimat und ihren Angehörigen getrennten Gefangenen Bibliotheken und Lesehallen zu errichten, Kaplane, Lehrer und Vorleser heranzuziehen, die Lager mit Büchern, Landkarten usw. zu versehen. Ferner will das Komitee mit Hilfe eines teils aus der Heimat herangezogenen, teils aus der Mitte der Gefangenen berufenen Lehrpersonals systematische Lehrkurse für Analphabeten und Spezialkurse auf dem Gebiet der Landwirtschaft, des städtischen und ländlichen Bauwesens, der Hygiene usw. einführen und Werkstätten für Handwerker errichten. Auch soll ein ständiger Postverkehr zwischen den Lagern und der Heimat organisiert werden. Diese Hilfe soll den Kriegsgefangenen erteilt werden. Wegen der Zivilgefangenen trat die Deputation an die Behörden mit dem Antrag heran, daß man ihr gestatte, ihre Fürsorge auch auf diese Gefangenen auszudehnen. In letzter Zeit wurde eine beträchtliche Anzahl Zivilgefangener befreit.

**Preis Ausschreiben für volkstümliche Lieder.** Der Verlag polnischer populärer Gesänge veröffentlicht ein Preis Ausschreiben für polnische Lieder beliebigen poetischen Inhaltes (also patriotische, Soldaten- und sonstige Lieder) und bestimmt für die besten musikalischen Kompositionen als ersten Preis den Betrag von 100 Kronen, als zweiten den Betrag von 50 Kronen. Die Lieder sollen in volkstümlichem und leichtem Ton gehalten sein. Sie können für eine oder für zwei Stimmen oder für Gesang mit Be-

gleitung zu bereits bekannten oder eigens verfaßten Gedichten geschrieben werden. Vorrang haben patriotische, kriegerische und Legionentexte. Die Arbeiten sind unter einem Motto mit dem Namen des Verfassers in geschlossenen Umschlägen bis Ende Dezember 1916 unter der Adresse: Administration des „Świat Chrześcijański“ („Die christliche Welt“), Wien, XIII/9, Kelchgasse 1, einzusenden. Im Monat Jänner 1917 wird die Sitzung der Jury stattfinden. Die preisgekrönten Gesänge werden Eigentum des Verlages, der sie in populären und billigen Ausgaben nach Muster derartiger deutscher Ausgaben verbreiten wird.

**Neue polnische Publikationen in Moskau.** Auf Grund eines Beschlusses der polnischen „literarisch-artistischen Sektion“ in Moskau werden weitere polnische Publikationen in Moskau geplant. Eine solche demnächst erscheinende Publikation wird ein Handbuch sein, das die Bedeutung Polens für die ganze zivilisierte Welt betonen soll und sich nicht bloß an die polnischen Flüchtlingsscharen, sondern an ganz Europa wendet. Es wird die durch die Vergangenheit begründeten, niemals aufgegebenen Wünsche und Forderungen der Polen darstellen. Unter anderen soll diese Publikation ihre Huldigung den im Krieg gefallenen Polen darbringen. Das zweite Heft soll zu Weihnachten erscheinen und wird der Geistesänderung gewidmet sein, die die Menschheit im gegenwärtigen Krieg durchmacht, sowie dem Einfluß, den dieser Krieg auf die polnische Psychik ausübt.

**Verzeichnis der Warschauer Schulen.** Der Schulausschuß des Stadtmagistrates von Warschau ist an die Bearbeitung einer Statistik der im schulpflichtigen Alter befindlichen Kinder in der Stadt geschritten. Zu diesem Zweck ist unter anderem ein genaues Verzeichnis sämtlicher Schulanstalten in den Grenzen von Groß-Warschau (der Elementar-, Mittel- und Fachschulen sämtlicher Typen) nötig. Infolgedessen hat der Chef der Stadtmiliz den Kommissären den Auftrag erteilt, ein Verzeichnis der genannten Schulen in den Grenzen von Groß-Warschau auf das allergenaueste durchzuführen und bei jeder Schule deren Adresse und Eigentümer (städtische, Privat-, Vereinsschule) anzumerken.



# Nakłady Centralnego Biura Wydawnictw N.K.N.

Bandrowski-Kaden „Bitwa pod Konarami“	K 2.—
— „Piłsudzczyca“	2,50
Bandurski Wł. ks. Biskup „Polska a Rosya w pieśni największych wieszczów narodu“	1.—
Cwikowski S. „Pierwszy ogień“	2,50
Dzikowski St. „Rok wojny w Warszawie“	1,60
Jaworski W. L. Prezes. „Mowy“	1.—
Grudziński-Pększyce „Zapiski Porucznika“	—,40
Kalendarz na rok 1916	2,50
Kisielewski J. „Krwawe drogi“	2,20
Merwin. „Leg. w boju. II. Bryg.“ 2 t.	4.—
Mondalski W. „Z III-im pułkiem Legionów“ (w druku.)	
Opalek M. „Dzieciom polskim w wielkim roku wojny“	1.—
Rydel Lucyan. „Warszawa“	—,60
— „Wilno“	—,60
Romin S. „Z notatek legionisty“	3.—
Różycki K. „Pamiętnik Pułku Jazdy Wołyń- skiej 1831“	—,60
Sieroszewski. „Józef Piłsudski“	2.—
Tetmajer K. „O żołnierzu polskim“	1,50
Tokarz W. „Żołnierze kościuszkowscy“	—,80

Album Legionów Polskich zeszyt I.	K 1.—
Matejki „Polonia“ reprodukt. wyd. zwykłe	3.—
— „Polonia“ reprodukt. wyd. wytworne	10.—
Medal na cześć Rutowskiego według pro- jektu Prof. J. Raszki, wielkość 6 mm	6.—

## WYDAWNICTWA INSTYTUTU EKONOMICZNEGO N. K. N.

Dr. Bolland. „Co produkuje Galicya“	K —,80
Dr. Buzek. „Pogląd na wzrost ludności ziem polskich w wieku XIX“	2.—
Dr. Górski A. „Braki krajowej produkcji w Galicyi“	3.—
Milewski Edward. „Kooperacya i jej zna- czenie w Polsce“	1,50
Dr. Schmidt S. „Kolonizacya wewnętrzna“	—,50
Till Ernest. „Nowela do kodeksu cyw. austr.“	2,50

## Wydawnictwa Biura Prac Ekonomicznych N.K.N.

„Środkowo-Europejski Związek Gospodarczy  
i Polska“, studia ekonomiczne, str. 213 K 5.—

## Biblioteka polityczna N.K.N.

Dr. Jodko W. „Polska a państwa neutralne“	K 1.—
Kulczycki L. „Państwa centralne, Rosya a Polska“	1,60
— „Austria a Polska“	1,10
— „Anglia, Francya a Polska“	—,60
Wasilewski L. „Rosya wobec Polaków w dobie konstytucyjnej“	1,20
— „Polityka narodowościowa Rosyi“	1,60
— „Dzieje męczeńskie Podlasia“	1.—

Wydawnictwa C. B. W. są do nabycia: **KRAKÓW**, Retoryka 5

w WIEDNIU, Kram Gospody, IV., Weyringerstraße 14 i księgarnia M. Perlesa, I., Seilergasse 4.

## Geschichte Polens



in allgemeinen Umrissen.

Von Prof. Dr. AUGUST SOROŁOWSKI.

Preis Kr. 2.— = Mark 1.50.

## Neue Polenlieder

1914-1915 Gesammelt von ST. LEONHARD.

Verlag des Obersten Pol-  
nischen National-Komitees.

Kommissionslager: K. u. k.  
Hofbuchhandlung M. Perles,  
Wien, I., Seilergasse 4 und  
Kram Gospody Legionistów,  
Wien IV., Weyringerstraße 14.

PREIS  
K 1.—

Soeben erschienen:

## Wege und Ziele der polnischen Kultur

von

Dr. Eduard Goldscheider.

Preis K 4'80

Verlag: K. u. k. Hofbuchhand-  
lung M. PERLES, Wien, I., Seiler-  
gasse Nr. 4.

Freiburg



Im Verlage von Karl Curtius in  
Berlin W. 35 ist erschienen:

## Die Zukunft Polens und der deutsch-polnische Ausgleich von W. FELDMAN.

Inhalts-Verzeichnis:

	Seite
I. Der Sinn des Krieges . . . . .	7
II. Das Aufleben des polnischen Problems . . . . .	14
III. Deutsche Befürchtungen . . . . .	27
IV. Die Ukrainer . . . . .	39
V. Die Judenfrage . . . . .	48
VI. Um die gemeinsame Sache . . . . .	62

Preis 1.20 Mk.

Verlags-Buchdruckerei  
mit Zeitungs - Verlag

## CARL HERRMANN

empfiehlt sich zur Herstellung  
aller vorkommenden Buchdruck-  
arbeiten in Schwarz- sowie  
Buntdruck bei sauberster Aus-  
führung und kürzester Frist zu  
mäßigen Preisen. Herstellung  
von Broschüren und Werken  
in sämtlichen Landessprachen  
Relieffaltiges Schriftmaterial  
für Broschüren, Zeitschriften,  
Werke, Kataloge, Preislisten,  
Prospekte, Plakate, Trauungs-  
anzeigen usw. Massendruck  
schnell und außerdem billig.

Telephon Nr. 22.833

WIEN, IX. ALSERSTR. NR. 50

## „Polnische Blätter“

Zeitschrift für Politik,  
Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. und 20. eines jeden Monats

Herausgeber:

W. Feldman, Berlin-Charlottenburg,  
Schlüterstraße Nr. 28

Preis: Vierteljährlich Mark 3.50 — Kronen 4'50  
Einzelheft: 40 Pfennig — 50 Heller

Verlagsbuchhandlung Karl CURTIUS, Berlin, W.35.

Neuerscheinung.

## Die polnische Literatur der Gegenwart.

Eine Skizze von W. FELDMAN.

BERLIN

Verlag von Karl Curtius

Preis 0,80 Mk.

## BERTA ZUCKERKANDL: POLENS MALKUNST

PREIS: 2 KRONEN — 1'50 MARK

Verlag: Wochenschrift „Polen“. Zentralvertrieb: H. Goldsohmedt, Wien, I., Wollzelle Nr. 11.